

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgepostete Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf. für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1808.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Donnerstag, den 23. Juni 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Bu den Stidwahlen! Wähler Deutschlands! Genossen!

Am 16. Juni habt Ihr Eure Schuldigkeit getan. — Ihr habt das deutsche Vaterland vor der anstürmenden Horde der Großkornwucherer und sonstigen Ausbeuter gerettet, die sich unter dem Zeichen des goldenen Kalbs und der Krone zu gemeinsamem Raubzug „gesammelt“ hatten. Ihr habt die Vaterlandslosen Gefellen, die den Namen des Vaterlandes nur dann im Mund haben, wenn sie darauf ausgehen es zu plündern und zu knebeln, mit blutigen Köpfen heimgeschied und ihnen einen Denktettel gegeben, den sie nie vergessen werden. Ihr habt das Spiel der frechen Umstürzler vereitelt, die das Grundrecht des deutschen Volkes, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht vernichten und unser Vaterland, durch Zerstörung des einzig sicheren Rechtsbodens der Volkssouveränität, zur Befriedigung schänderlicher Sonderinteressen in den Strudel der Revolution stürzen wollten.

Ihr habt Euch wohl verdient gemacht um das Vaterland. Und der Dank des Vaterlandes gebührt Euch!

Aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. War auch der 16. Juni ein ruhmreicher Siegestag für das deutsche Volk und für die Sozialdemokratie, auf welcher das Wohl und die Zukunft des deutschen Volkes beruht, — so hat er doch in einer sehr großen Zahl von Wahlkreisen noch nicht die endgültige Entscheidung gebracht; und der Hauptwahlkampf, obwohl das feindliche Heer geschlagen und zersprengt ward, muß deshalb noch eine Reihe von Stichwahlen folgen, damit der geschlagene Feind sich nicht mehr an Punkten festsetzen kann, von denen aus er im Stande wäre, sein volks- und vaterlandsfeindliches Treiben wieder aufzunehmen.

In mehr als hundert Wahlkreisen ist unsere Partei direkt am Kampfe beteiligt. Hier ist die Lösung einfach und klar:

Nieder mit dem Feind! Und der kräftigste Hieb der beste!

Wo die rote Fahne der Sozialdemokratie weht, da winkt der Sieg. Und ist auch anscheinend die Uebermacht noch so erdrückend,

„nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all!“

Viel Feind, viel Ehr. Je mehr Feind, desto mehr Ehr!

Nieder mit dem Feind! Gleichviel ob er den Vettelack des Junkers, die Hungerpeitsche des Schlotjunktors oder das Gasenpanier des liberalen oder gar demokratischen Anglistophiles schwingt.

Wer nicht für uns ist, ist wider uns! Und Keinen, der wider uns, schont unser Hieb. Da giebt es bloß einen Gedanken; bloß ein Ziel: Nieder mit dem Feind! Nicht so einfach und klar liegen die Dinge in den Wahlkreisen, wo gegnerische Parteien im Kampf gegen einander stehen, und wir nicht direkt zu kämpfen haben. In bezug auf diese Wahlkreise hat das Zentral-Wahlkomitee unserer Partei, gemäß

den Beschlüssen des Parteitages, unseren Genossen den Weg des Handelns scharf und Jedem verständlich hingezeichnet.

Wohl hat auch der 16. Juni die alte Wahrheit von der „einen reaktionären Masse“ bestätigt, immerhin sind jedoch innerhalb dieser „einen reaktionären Masse“ Unterschiede vorhanden. Und, während es auf der einen Seite für keinen Genossen einen Zweifel unterliegen kann, daß wir in einer Stichwahl zwischen gleich reaktionären Volksfeinden (Junkern, Bauern, richtiger Bauernfängern) blindern, Antisemiten, Christlich-Sozialen, Nationalliberalen und anderen Konserverativen aller Schattierungen) absolute Neutralität zu beobachten haben, so unterliegt es auf der anderen Seite ebenso wenig einem Zweifel, daß es selbstmörderische Thorheit wäre, wenn Kandidaten solcher Parteien, die wenigstens einen Theil unserer eigenen Forderungen vertreten, von uns mit gleichem Maße gemessen würden, wie die Kandidaten der Großkornwucherer und Wahlrechts-Umstürzler, deren einziges Ziel es ist, das Volk auszupressen, auszuhungern und politisch zu entmündigen.

Die Erklärung unseres Zentral-Wahlkomitees spricht nur aus, was jedem Parteigenossen seine eigene Vernunft sagen muß.

Laßt Euch nicht täuschen durch gleichende Versprechungen!

Prüft die Thaten und nicht die Worte.

Vor der Wahl lägen die Feinde des Volkes das Blaue vom Himmel herunter — nach der Wahl kommen die Fuchritze, der Adlerlaß durch erhöhte Kornzölle und indirekte Steuern, der Nebel — und wenn dieser nicht genügt: „die Plinte, die schießt, der Säbel, der Haut!“

Dem Fabrikpacha und dessen Agenten, der Euch seine Liebe zum allgemeinen Wahlrecht betheuert, und bei der Wahl durch die verwerflichsten Kniffe und die brutalsten Einschüchterungen die freie Wahl unmöglich zu machen sucht — dem ruft zu:

Heuchelei und Lüge!

Dem Großkornwucherer, der seine Zunge vor Liebe zum Volk und zum Vaterland triefen läßt — ruft ihm zu:

Heuchelei und Lüge!

Laßt Euch nicht täuschen, laßt Euch nicht beirren — Furcht kennt der Sozialdemokrat ja nicht! — seid gefest gegen jede Lockung, gegen jeden Trug!

Ihr kennt Eure Pflicht! —

Ihr kennt Eure Feinde! —

Ihr kennt Eure Pflicht, schlägt Eure Feinde!

Nieder mit den Junkern und Junkergenossen!

Freisinniger Flitterkram.

Zu einem der beliebtesten Schaustücke freisinniger Agitationstänze gehört die Betonung ihrer demokratischen Grundsätze. Die Partei prahlt mit den schätzbaren Reften der bürgerlichen Demokratie, die sie mit Mühe und Noth in ihr Programm hineingeklebt hat. Nur noch bei den Wahlen werden die alten Vadenblätter als Lockspeise für die Arbeiter angepriesen, sonst mag der liberale Philister nichts von ihnen hören.

Aber die Arbeiter sind mißtrauisch geworden; nicht in den Händen der Freisinnigen glauben sie ihre politischen Rechte in sicherer Hut, sondern dort, wo die Demokratie in Jugenfrische fest und unerschütterlich ihr Ziel verfolgt. Und sie haben gegenwärtig mehr denn je Anlaß, aus den Thaten der Freisinnigen, aus ihrem Hin- und Herwandeln in wichtigen politischen Fragen, ihrer Eucht, nach oben zu gefallen und den saften Bourgeois gegen die „Begehrlichkeit“ der Arbeiterklasse zu schützen, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß mit der Demokratie von dieser Seite ein Gaukelspiel getrieben wird. Ihre politischen Grundsätze sind Flitterkram, der hübsch glänzt und manchen beirren kann, hinter dem aber nichts steht, als das nackte Interesse des mobilen Kapitals.

Die wahre Demokratie will die Antheilnahme aller am politischen Leben, sie will die Rechte des reichen Proleten nicht höher bewerten, als die des einfachen Arbeiters. Will das die freisinnige Partei nicht auch? Jedenfalls nicht für alle politischen Vertretungen. Für die Gemeinde lehnt sie in ihrem Programm das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht ab, weil sie hier in einigen Städten vermöge des Zensuswahlrechts die Herrschaft besitzt und weil sie befürchtet, die Sozialdemokratie könnte dann als erberechtigt auftreten. Man will den besitzenden Klassen das Vorrecht des politischen Einflusses lassen und der „demokratische Freisinn“ erkennt dieses Begehren als berechtigt an. Ja sämtliche freisinnige Vertreter haben im Landtag in Sachsen-Meiningen die Hand dazu geboten, das Wahlrecht zu verschlechtern, um der ärmeren Bevölkerung in den Gemeinden ihr politisches Recht zu rauben. Wie kann eine Partei den Namen Volkspartei führen, die allen demokratischen Grundsätzen ins Gesicht schlägt, für die das gleiche Wahlrecht ein unangenehmer Fallat wird, wenn er ihrem Streben nach politischer Herrschaft gefährdend werden kann.

Gerade die gegenwärtige Zeit fordert gebieterisch, die politischen Rechte der Besitzlosen zu erweitern. Die moderne Entwicklung im Handel, in der Industrie läßt tausende aus dem Mittelstande ins Proletariat hinabsinken. Der kleine Handwerker, der selbständige Kaufmann, der Arbeiter, sie alle, die im schweren Kampfe um ihr Fortkommen auf eine geringe Einkommenstufe herabgedrückt werden, verlieren bei dem Zensus-Wahlrecht in der Gemeinde ihren Einfluß. Der Besitz, ein paar Leute der Großindustrie, des Großhandels, der Großbank, die reichen

Meistens übervornern mit ihrem Einfluß und vertreten rücksichtslos und ausschließlich ihre Interessen. Und das nennt man in der freisinnigen Sprache demokratische Grundsätze.

Hören wir einmal, was der Führer der freisinnigen Partei, als in seinem Lager selbst Zweifel an diesen freisinnigen Grundsätzen laut wurden, antwortete. Er schrieb im August 1894 in der „Freisinnigen Zeitung“ in bezug auf das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen:

„Die Anwendung des Reichstags-Wahlrechts würde auch in kleinen Landgemeinden mit ungleicheren Besitzverhältnissen dazu führen, daß einzelne Grundbesitzer durch ihre Rechte und sonstige von ihnen abhängige Leute die ganze Gemeindeverwaltung beherrschen.“

Nichts als Spiegelfechtere! ein solcher Einwand. Gerade das Zensus-Wahlrecht giebt dem Junker auf dem Lande die Herrschaft in die Hand, im Gutsbezirk hat er sie so wie so. Die Gemeinde wird sich mit dem Reichstags-Wahlrecht weit eher seine Herrschaft vom Hals halten, aber es fällt auch die Macht des Geldproleten in den großen Städten und da paßt den freisinnigen Führer das Entsetzen. Das ist der Kampf der freisinnigen Partei gegen das Junkertum, daß sie lieber die Gemeindeverwaltung den Händen des Junkers anvertraut, als den Arbeitern.

Da wir einmal bei den ländlichen Arbeitern sind, so ist es nicht minder bezeichnend für den Freisinn, welche Stellung er zur Beseitigung der Gesinde-Ordnung einnimmt. In der Polenil mit der Berliner „Volks-Zeitung“ über diesen Punkt erhebt die „Freisinnige Zeitung“ im Jahre 1894 den Einwand, es gäbe außer der preussischen Gesinde-Ordnung in Deutschland noch zahlreiche andere; hätte man also im Programmentwurf die Aufhebung der preussischen Gesinde-Ordnung verlangt, so hätte man auch die Aufhebung der übrigen verlangen müssen, und dann wäre das Programm zu lang geworden.

Ganz diesem Standpunkt entsprechend, hatte denn auch bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Abg. Lenzmann von der freisinnigen Partei einen Antrag der Sozialdemokraten, der die Beseitigung dieser sklavischen Rechtsordnung verlangte, niedergestimmt. Das Programm der Partei ist mit dieser Forderung nicht beschwert, über seine Länge kann man sich nicht beklagen. Dagegen enthält es so dehnbare und gebrechelte politische Grundsätze, daß kein freisinniger Vertreter Gefahr läuft, mit ihnen in Konflikt zu geraten.

Eine alte Forderung der Demokratie ist die Einheitlichkeit der Volksschule. Bei der Programmberatung schwelte einigen Freisinnigen auch etwas von diesen Dingen vor. Aber wieder trat der Allgewaltige Eugen Richter hervor, um sich sehr entschieden gegen dieses Verlangen auszusprechen. Was wäre auch daraus geworden, wenn die Kinder des reichen Vorkensjobbers mit denen des Proletariats

in einer Klasse auf einer Bank zusammenstehen müssen? Und dann, wozu hat er seine Vertretung in der Gemeinde? Die Vorkensschule in unseren höheren Lehranstalten hat nie unter der Ueberfüllung des Klassenzimmers zu leiden; in der Volksschule, da mag sich der Lehrer mit 50 bis 60 und mehr Schülern abmühen. Für die Kinder der besitzenden Klasse ist gefordert, sie brauchen sich auf den Schulbänken nicht zu drängen.

Die Trennung der Kirche vom Staat läßt freisinnige Manner bei der Programmberatung in heftigen Jörn gerathen. Die freisinnigen Führer haben den liberalen Philister richtig eingeschätzt. Er braucht den Zuspruch des staatlich besoldeten Pfarrers, damit er ihm Absolution erteile für seinen Verrath an den Volksrechten.

Bei Militärforderungen hat die freisinnige Partei nur immer ihr Gebot unter das der Regierungstaxe gehalten. 1893 handelte es sich darum, ob sie zu 25 000 Mann mehr ja sagen, oder dem Regierungsprogramm entsprechend das Gebot auf 36 000 Mann erhöhen sollte. Sie hat dem Militärstaat ihre Verbeugung gemacht; wenn von sozialdemokratischen Rednern wichtig die Militärmäßighandlungen gegehelt werden, beschleicht sie ein Gefühl der Unbehaglichkeit, und schließlich stimmt sie einer Militär-Strasprozeß-Ordnung zu, die in nur zu vielen noch an die Zeiten der Profossen und des mittelalterlichen Söldnerthums erinnert, aber nicht vom Geist einer modernen Rechtsauffassung getragen ist. Unentschlossenheit, zaghaftes Zurückweichen, wenn die Regierung energisch ihren Absichten Geltung verschaffen will, das ist die parlamentarische Taktik der Partei.

In sozialpolitischen Fragen vertritt sie einen durchaus rücksichtigen Standpunkt. Feindin jeder Arbeitszeitbegrenzung von seiten des Gesehgebers, verteidigt sie unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit den Standpunkt des sogenannten freien Arbeitsvertrages. Das heißt, dem Unternehmer soll das Recht der uneingeschränkten Ausbeutung der Arbeiter gewahrt bleiben. Diefem schönen Grundsatz haben es auch die städtischen Gasanstaltsarbeiter zu verdanken, daß sie bei ihrer schweren Arbeit 12 Stunden angestrengt thätig sein müssen und am Ende der Woche in der Wochenselbsticht sogar 18 Stunden frohnden. Ein Arbeiterausschuß in diesen Betrieben wurde erst von der freisinnigen städtischen Verwaltung eingeführt, nachdem die Arbeiter zum Streik gegriffen hatten, um sich gegen die übermäßige Arbeitszeit zu wehren.

Das sind freisinnige Musterbetriebe!

Aber die Herren achten auch die Ausbeutungs-Freiheit in Privatbetrieben. Wie ist nicht die Pferdebahngesellschaft bei Abschluß ihres Vertrages im Jahre 1897 mit den freisinnigen Berliner Stadträthen umgesprungen. Einen Vortheil nach dem anderen schachtelte ihnen die geriebene Gesellschaft ab, das Publikum und die Angestellten mußten herhalten, um die hohen Profite sicherzustellen. Als von den sozialdemokratischen Ver-

tretern der Antrag gestellt wurde, die Angestellten dieses Verkehrsinstituts sollten nur höchstens zehn Stunden im Betriebe thätig sein, da er sich ein lautes Lamento in den geheiligten Hallen, wo man die Rechte der Ausbeuter vor unberechtigten Anforderungen zu schützen weiß. Der Antrag wurde beschloffen als eine Konzession an die sozialistischen Grundsätze, ja einige glaubten, sie befänden sich schon auf dem breiten Wege zum sozialistischen Zukunftsstaat und sie empfahlen, schnell Umkehr zu halten. In der ersten Sitzung wurde der Antrag abgelehnt, stark abgemildert in der zweiten Sitzung mit schwacher Majorität angenommen.

Könnte nicht Herr v. Stumm seine helle Freude haben, wenn er die Philippika des freisinnigen Stadtverordneten Lüben in der Sitzung vom 15. April 1897 über diesen Gegenstand hörte, der seinem Zorn in folgenden Worten Luft machte:

„Die Versammlung hat sich nicht das Recht anzumessen, in die Arbeitsverhältnisse der Privatgesellschaften sich zu mischen. Die Versammlung geht das garnichts an! — Ich will Herr in meinem Hause sein; zur Verhütung von Unglücksfällen ist die Polizei da. Wir stehen ganz Deutschland gegenüber mit solchem Beschlusse; nachher wird's immer heißen: Werkin hat damit angefangen, ein solches Prinzip zu schaffen. Also im Interesse der deutschen Industrie bitte ich Sie, einen solchen unberechtigten Antrag abzulehnen.“

Wenn diese sozialpolitische Einsichtslosigkeit in der freisinnigen Partei zu finden ist, so kann es nicht auffallen, wenn ein Antrag der Sozialdemokraten, im städtischen Betriebe die achtsündige Arbeitszeit einzuführen, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurde. Das entspricht auch dem Standpunkt des Herrn Eugen Richter, der im Jahre 1894 bei der Polemik über seinen Programm-Entwurf sich sehr entschieden dagegen verwahrte, als ob er jemals für eine neunstündige Arbeitszeit in städtischen Betrieben zu haben sei. So wiederholt sich unzählige Male bei den parlamentarischen Verhandlungen über die Bäckereiverordnung, über die Lage der Konfektionsarbeiter, die schroffe Betonung des öden Manchesterstandpunktes oder eifriges Schweigen bei den Fraktionen des Freisinn. Diese Partei vertritt stets die Interessen des mobilen Kapitals, für die Arbeiter giebt es bei ihr nur Fußtritte.

Kann ein Arbeiter einer solchen Partei Gefolgschaft leisten? Nun und nimmer! Eine Partei, die ihre politischen Rechte preisgiebt, für die die Demokratie nur eine heuchlerische Phrase ist, die den Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet rücksichtslos der Willkür der großkapitalistischen Profitgier überliefert, eine solche Partei ist seine Feindin, sie steht im schroffen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse. In einer Stadt wie Berlin mit seiner starken Arbeiterbevölkerung, mit den zahlreichen kleinen Handwerkern und Selbstverdienenden, muß die politische Vertretung sozialdemokratisch sein.

Am 24. Juni gilt es die Entscheidung zu treffen. Wir sind sicher, das gewerbetreibende Berlin wird sich eine Vertretung der wahren Demokratie, der Sozialdemokratie, wählen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni.

Die Kriegsinvaliden. Zu den Petitionen, die am reglementarischen beim Reichstag eingebracht, gehören die der Militärinvaliden. So war es auch wieder im Jahre 1895. Jährtaufende von Invaliden haben unter Hinweis auf ihre traurige Lage um Erhöhung ihrer Pensionen. Doch was antwortete die Regierung? In der Petitionskommission erklärte der Herr Reichsminister v. Kappeler, daß an eine allgemeine Erhöhung der Pensionen nicht gedacht werden könne. Durch das Gesetz vom Mai 1893 seien den Invaliden Zugeständnisse im weiteren Maße gemacht worden. Zu weiteren Zugeständnissen fehlte das Geld. Und was war im Jahre 1893 für die Aufbesserung der Pensionen gethan worden? Die Kriegszulage war von monatlich 6 auf 9 M., also pro Tag um knapp 10 Pf. erhöht worden.

Aber neben den eigentlichen Invaliden waren tausende von ehemaligen Soldaten vorhanden, die zwar unverletzt aus den Feldzügen zurückgekehrt, aber infolge der erlittenen Strapazen vorzeitig sich und erwerbsunfähig geworden waren. Diese Armen hatten seit Jahren um Gewährung eines Grenzfalles gebeten. Es müßten von Teilnehmern am Kriege 1870/71 heute noch etwa 7 bis 800 000 Mann leben. Im Jahre 1895 konnte über diese Bitten nicht gut mehr hinweggegangen werden und die Regierung beantragte daher, den völlig erwerbsunfähigen gewordenen Teilnehmern an Feldzügen einen Ehrensold von jährlich 120 M. zu gewähren.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragten dagegen, den Sold auf 300 M. zu erhöhen, mit der Begründung, daß für einen völlig erwerbsunfähigen Menschen 1 M. pro Tag das Mindeste sei, was er zum Leben haben müsse.

Nach hitzigen Debatten wurden die sozialdemokratischen Anträge von allen übrigen Parteien des Reichstags niedergestimmt und die Vorschläge der Regierung angenommen. Wegen den maßvollen Vorschlag der Sozialdemokraten wurde unter anderem angeführt: vom Staatssekretär Graf v. Posadowski:

„Hier in Berlin mag man mit 120 Mark nicht leben können, wenn man vollkommen arbeitsunfähig ist. Wenn Sie sich aber an die Verhältnisse der kleinen Städte und des platten Landes erinnern wollen, so kann man dort mit ungemein niedrigen Pensionen auskommen. Die Empfänger der Altersversicherungspensionen müssen ja auch davon leben. Es sind Verwandte, bei denen sie sich in Pension geben, verheiratete Kinder etc. Man kann in kleinen Städten aber auch anderwärts sehr billig miterkommen, sobald ich doch glaube, daß ebenso, wie die Empfänger von Alters- und Invalidenrenten davon leben müssen, sich auch eine Möglichkeit für die vollkommen arbeitsunfähigen Kriegsteilnehmer bieten wird, für ihre Weisheit bei Verwandten unterzukommen oder doch wenigstens auf dem Lande ein, wenn auch sehr bescheidenes, sehr dürftiges, doch von der öffentlichen Wohlthätigkeit unabhängiges Leben zu führen.“ (Sitzb. d. Reichst. vom 15. Mai 1895. S. 2204.) — Durch die Belastung infolge der Höhe allein wird der Haushalt einer Familie, die aus fünf Köpfen besteht, mit jährlich 81,75 M. belastet. Aber mit 120 M. sollen vollkommen erwerbsunfähige Vaterlandsvertheidiger auskommen können! Kamens des Zentrums wollte Abg. Vahren einen Rechtsanspruch auf hinreichende Unterstützung für die, die am Kriege theilgenommen haben, nicht anerkennen.

Der konservative Abgeordnete von Leipziger wendete sich gegen die Erhöhung von 120 auf 300 M. und führte dabei aus (Sitzb. Ver. S. 2209):

„Der Herr Staatssekretär des Reichshausen hat sehr überzeugend ausgeführt, daß Herr Kollege Singer die Verhältnisse der Stadt vor Augen hat. Wie steht's denn bei den Alters- und Invaliditäts-Versicherung? Glauben Sie mir, daß die Leute, die auf dem Lande eine Rente von 100, 120 M. haben, von den meisten Leuten gern ins Haus genommen werden. Ein alter Mann, der dies haare Einkommen hat, ist sich noch mit am Tische des Wirthes satt, und wir haben das haare Geld jeden Monat in der Tasche, sagt der kleine Mann, und ist damit sehr zufrieden.“

Die Konservativen, die Ultramontanen und die Regierung setzten freilich das Einkommen des Reichsäckers auf 100 000 M. fest. Wäre der Konservative mit einem eigenen Einkommen von nur 120 M. jährlich sehr zufrieden? Heute beträgt das Gehalt des Staatssekretärs 24 000 M.; die Konservativen beantragten, es auf 30 000 M. zu erhöhen.

Man ersieht auch aus dieser Erinnerung, wie tief der sich „staats-erhaltenden“ Parteien nennenden konservativ-ultramontan-liberalen Mißbrauch die wirklich Darbenden, die wirklich Erwerbsthätigen mißachtet. Den Kriegervereinern, die für solchen Ordnungsbrei ihre Stimme abgeben, wird freilich das Verhalten der Junfer im Parlament sorgfältig verschleiert.

Gegen die Agitation der Agrarier wendet sich das Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft in seinem Jahresbericht für 1897. Es stellt fest, daß von einer energischen Abwehr unberechtigter agrarischer Forderungen verhältnismäßig wenig zu merken sei. Der agrarischen Strömung seien unverständlich manche Konzeptionen gemacht worden. Man brauche nur an das Wochengesetz und dessen Ausföhrung in Preußen, an das neue Margarinegesetz, an verschiedene theils bestehende, theils in Aussicht genommene Sperrmaßnahmen zu erinnern. „All diese Konzeptionen, alle kleinen Mittel“, die angewendet wurden, um die Lage der Landwirtschaft zu heben, haben die agrarische Bewegung nicht eingedämmt. Diese Bewegung richtet sich im Grunde gegen die moderne wirtschaftliche Entwicklung, gegen die wirtschaftliche Freiheit, welche Deutschland groß und stark gemacht und den kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung unseres Vaterlandes hervorgerufen und begünstigt hat. Unter dem Schlagwort, die Landwirtschaft sei bislang stiefmütterlich behandelt, ihre Lebensinteressen seien denen der Industrie und des Handels geopfert worden, wird versucht, die wirtschaftliche Entwicklung zurück zu verdrängen, Handel und Industrie zu fesseln, um Sonderprivilegien für die Landwirtschaft zu erlangen.“ Der Bericht weist sodann nach, daß die 1892 erfolgte Ermäßigung des Getreidezolls und namentlich deren Ausdehnung auf Ausland im Jahre 1894 die Landwirtschaft nicht benachtheiligt habe, daß im Gegentheil seit Abschluß des russischen Handelsvertrages unserer heimischen Landwirtschaft ein Schlag in der vollen Höhe des bestehenden Zolls gesichert sei. Um dieses Gutachten werden sich unsere nimmermüden Rothleibenden natürlich nicht kümmern, sondern nach immer neuen Mitteln schreien und nicht eher ruhen, als bis sie das Volk bis aufs Blut ausgefressen haben.

Beitritt zum freisinnigen Stimmen wirft ein Widmarch'sches Heftl dem „Vorwärts“ vor. Die betreffenden Artikel seien so gehalten, daß man annehmen könnte, der Freisinnige Dr. Barth habe sie verfaßt. Wir wissen nicht, welche Artikel das Blättchen im Auge hat, das aber können wir ruhigen Gewissens sagen, daß wir weder vor der Wahl noch jetzt vor der Stichwahl um die Stimmen der Freisinnigen gebettelt haben. Unsere Stichwahlparole ist so stolz, so frei von jedem Verben um Unterstützung, so fern von jedem Tauschanbieten, daß man schon ein — Sammlungsplattler niedrigen Ranges sein muß, um einen derartigen Anwurf zu erheben. Keine Partei steht so fideslos und prinzipienlos da wie die unsrige, in allen anderen herrscht der edelste Schachersinn.

Die Thomas-Phosphatmehl-Freien entpuppen sich nun auch noch als Fälscher. Bekanntlich hatte die „Korrespondenz“ des Bundes der Landwirthe den Schriftwechsel mit den Rheinisch-Westfälischen Thomas-Phosphatfabriken veröffentlicht, um sich von jeder Schuld rein zu waschen und sich als die von den Fabriken Versärgten hinzustellen. Der „Hannoversche Courier“ macht nun die überraschende Mitteilung, daß die Bundesleitung in ihren Veröffentlichungen eine Offerte der Fabriken vom 15. Januar 1896 nicht wiedergegeben hat, in welcher diese die Lieferung von Thomasmehl zu 24 1/2 Pf. pro Hektoliter Phosphorsäure angeboten hatten, freilich nur mit 80 M. Rabatt, während die Mitglieder nachher 25 Pf. zahlen mußten. Der „Hann. Courier“ legt dar, daß die Wichtigkeit seiner Behauptungen für ca. Dreiviertel des Gesamtjahresabschlusses auch durch die Veröffentlichungen des Bundes der Landwirthe bewiesen worden ist, und ergänzt seine früheren Angaben, indem er schreibt:

Von den Rheinisch-Westfälischen Thomas-Phosphatfabriken hat der Bund aber nur einen Theil seines Bedarfs bezogen. Von einem anderen Thomaswerk, welches den Rheinisch-Westfälischen Thomas-Phosphatfabriken nicht angehört, wird mitgetheilt, daß dieses Werk den Mitgliedern des Bundes das Thomasmehl ebenfalls zu einem höheren Grundpreise habe in Rechnung stellen müssen. Hiermit hätte also der Vorstand des Bundes der Landwirthe obendrein noch frech geschwindelt, denn während er behauptet hatte, es sei ihm gelungen, den Preis für Thomasmehl von 27 auf 25 Pf. herabzudrücken, geht aus der oben erwähnten Offerte hervor, daß die Fabriken schon vor den Vertragsverhandlungen das Thomasmehl zu 24 1/2 Pf. angeboten hätten. Interessant ist ferner, daß nicht die Fabriken, sondern über die Maschinenfabriken des Bundes entlastete Landwirthe das Material der Presse zur Verfügung gestellt haben. So viel ist jetzt jedenfalls ganz klar, daß der Bund ein Anerbieten nicht angenommen hat, das für seine Mitglieder vortheilhafter war, als der spätere Vertrag, auf Grund dessen die Bundesleitung ihrer Kasse die „Extrapreisdifferenz“ zugeführt hat.

Der „Deutschen Tageszeitung“ sind diese Enthüllungen natürlich recht peinlich, sie verweigert jede Auskunft und beifügt sich mit der Andeutung, daß das allgemeine Interesse an der Sache erschöpft sei und sie deshalb ihre Leser nicht nochmals mit der Angelegenheit langweilen wolle. Wenn ihre Leser ihr das nur glauben!

Die reine agrarische Partei, frei von den Fraktionen der Deutschkonservativen, die der Bund der Landwirthe antreibt, soll sich wohl um Dr. Röske gruppieren. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: In manchen Wahlkreisen ist Dr. Röske, der zweite Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, als konservativ bezeichnet. Das trifft nicht zu, denn er will sich im Falle seiner Wahl keiner Fraktion anschließen; er muß daher fraktionslos genannt werden.

Die Frankfurter Patent-Demokratie schnippt über uns, weil wir ihr die Waale abgerissen und das Brandmal des Prinzipienverraths auf die Stirne gedrückt haben. Wir hören das Schnipfen gern. Es beweist, daß sie sich getroffen fühlt und — vielleicht auch, wenigstens wollen wir's hoffen — daß sie sich schämt. Während das Frankfurter Demokratenblatt in seinen Leitartikeln sich gegen die Sammlungsordere für die Stichwahlen energisch ausspricht, drückt es in anderen Rubriken alles mögliche ab, was zur Diskreditierung unserer Partei von ebenso eifrigen als gewissenlosen Gegnern erfunden wird.

Wie viele von einander unabhängige Redaktionen hat das Blatt? —

Meerane, 21. Juni. (Fig. Ver.) Am Wahltag, nach Schluß der Wahlhandlung, abends in der siebenten Stunde durchlief die Kunde von dem Selbstmorde des Großindustriellen, und in letzter Zeit Rentiers, Karl Bornemann die ganze Stadt, was unseren gegnerischen Sammelinfamias mit dem gleichzeitig bekannt gewordenen Wahleresultat zweifach mitgeteilt machte, denn der Name dieses Herrn aus der hiesigen Haute volée, der als Millionär galt, brillierte mit unter dem gegnerischen Wahlaufsatz, in welchem die Sozialdemokraten als Todfeinde der Nation, welche die Ehre etc. abschaffen wollten, hingestellt waren, um die Philister damit gräulich zu machen. Der sensationelle Selbstmord dieses noblen reichen Mannes bildet noch immer das Stadtbild, zumal beim Begräbnis am Montag Morgen die Krieger- und Militärvereine, deren Ehrenmitglied Bornemann war, die Ehrensalven nicht abziehen durften, und weil hier allgemein geglaubt und erzählt wird, daß gewagte Würfelspiele und besonders zuletzt verunglückte große Spekulationen mit amerikanischen Getreide die Ordnungsgänge dazu greifen ließen, den Revolver gegen sich selbst abzulassen.

Die Großenhainer städtischen Kollegien haben feinergeit die Erhebung einer gewerblichen Sonderbesteuerung der Großbetriebe beschloffen. Jetzt ist dieses Regulativ von dem Kreisaußschuß der Kreisbauernschaft Dresden genehmigt worden.

Auflösung eines Kriegervereins wegen unpatriotischen Verhaltens der Mitglieder. Die „Leine-Ztg.“ bringt folgende amtliche Bekanntmachung:

Die unter dem 8. Februar ertheilte Bestätigung der Statuten des Kriegervereins Mariensee ist wegen des statutenwidrigen Verhaltens der überwiegenden Mehrzahl seiner Mitglieder mittels Verfügung vom heutigen Tage zurückgezogen worden. Der genannte Verein hört infolge dessen von heute ab auf, ein Kriegerverein zu sein und geht insbesondere des Rechts verlustig, eine Fahne zu führen.

Neustadt a. Rübenberge.

Der königliche Landrath: v. Woytha.

Das Wahlergebnis ließ klar erkennen, daß die meisten Kriegervereins-Mitglieder in Mariensee den Kandidaten der weissen oder sozialdemokratischen Umsturzpartei ihre Stimmen gegeben hatten. Diese unpatriotische Haltung der Mitglieder machte die Auflösung des Vereins erforderlich.

Oesterreich.

Die Palachy-Feier in Prag hat sich zu dem köstlichen pan-slavistischen Mummel ausgewachsen, ohne den die ezechischen bürgerlichen Parteien nun einmal nicht bestehen können. Palachy, schreiet die „Wiener Wk.-Ztg.“, ist unzweifelhaft ein bedeutender Gelehrter, und sein Verdienst um den nationalen und kulturellen Aufschwung des ezechischen Volkes ist so groß, daß das ezechische Volk ihm nur den schuldigen Dank zollt, wenn es die Gedächtnisfeier seines hundertsten Geburtstages feilich begehrt. Aber die Art, wie es gechehen ist, ähnelt auf ein Haar den Klammerfäden und leeren Schamstücken, mit denen sich die magyarischen Gernegroße vor der Welt lächerlich zu machen pflegen. Das Auftreten des russischen Obersten Komarow ist typisch für den Geist und die Boshaftigkeit dieses Festes. Der Herr sprach russisch, verstanden haben ihn also, von den Bulgaren und Serben abgesehen, wahrscheinlich keine zehn Zuhörer, denn die Ezechen sind unter den Slaven diejenigen, die trotz aller pan-slavistischen Fegereien die „slavische Weltfrage“ so viel wie gar nicht pflegen. Aber was thut das, die Begeisterung war ungeheuer! Herr Komarow hat ja auch verkündet, daß er im Namen des ganzen russischen Volkes spreche. Des ganzen russischen Volkes, wer laßt da nicht? Das ganze russische Volk besteht zu neun Zehnteln aus Bauern, die nicht lesen und nicht schreiben können und das Königreich Böhmen ebenso gut in den Mond verlegen mögen. Und die Intelligenz? Soweit sie nicht im Staatsfelde steht, ist sie heute größtentheils oppositionell, und wenn nicht geradezu marxistisch, so doch durchaus westlich. Von den kleinen österreichischen Völkern weiß sie nichts, um Oesterreich kümmert sich überhaupt kein Mensch in Europa. Es bleiben also in Rußland die reaktionären pan-slavistischen Kreise, die von dem fortschrittlichen Theile der russischen Intelligenz gehäht und verachtet werden. Redakteure des „Sowjet“, wie Herr Komarow, Anhänger Ignatiev's und dergl. Das russische Jarentum, das alle wirkliche Macht im russischen Reiche repräsentiert, hat natürlich mehrere Eisen im Feuer, aber sein nächster oder gar einziger Feind ist nicht, wie Herr Komarow meint, Deutschland, sondern vor allem England. Es kann eine Zeit kommen, wo dem Jarentum Oesterreich als nöthiges „Vorland“ Kongreß-Polen erscheint; aber dann wird es in rein russisch-zaristischem Interesse handeln, wie es auch den „slavischen Völkern“ nur in dem Maße Liebe zuwenden, als besagte Völker sein folgen und die Gesandte der russischen Diplomatie besorgen. Die Junggezeihen wie ihre altgedächtnigen Vorgänger drohen gern mit dem großen russischen Unfel, weil sie den Deutschen als den Jüngerlichen einer Elbzig-Millionen-Nation damit imponiren wollen. Ihnen graut aber selbst am meisten vor dem russischen Unfel, und sie flehen Gott im Himmel an, er möge nur nie kommen und seine Liebesarme um sie breiten, wie um die armen polnischen Brüder in Kongreß-Polen. Lauter Maskerade, und wozu hat das ezechische Bürgerthum sie nöthig? Giebt es nicht in Europa kleine Nationen, zum Beispiel die Holländer, Dänen, Norweger, die auch ohne Macht und Willkürzahlen ein hohes Ansehen genießen kraft ihrer Kulturleistungen, in denen sie sich neben den großen Nationen mitstreben bemühen? Hier ist das wirkliche Ziel der Anstrengung des ezechischen Volkes, das ein kleines, aber kulturell fortgeschrittenes Volk ist, zu suchen, auf diesem Felde wird es auch nur Achtung finden und nicht Spott, den die kindische Verurtheilung auf die fremde Größe des zarischen Reiches in aller Welt hervorgerufen muß. Das haben die ezechischen Arbeiter längst erkannt und lehnen daher die pan-slavistischen Schwindeleien der Jung-ezechischen Mafmacher energisch ab.

Das Lustige an der Sache ist, fügen wir hinzu, daß die Jung-ezechen diese pan-slavistische Komödie gerade in dem Moment aufzuführen, wo sie die Deutschen des Judenthums beschuldigen. Sie demüthigen sich gegenseitig gleichermassen mit recht oder mit unrecht, ganz wie man die Sache betrachtet. Der österreichische Patriotismus sowohl der Deutschen wie der Slaven beruht nämlich wesentlich auf dem fassam bekannten Widerwillen sowohl Deutschlands wie Rußlands, von dem österreichischen Völkerei zu genießen. Weil den Nachbarn die Trauben zu sauer sind, muß man in Oesterreich österreichisch sein. Diese Quelle des österreichischen Patriotismus mag nicht eben ergiebig erscheinen; es giebt aber keine andere.

Lemberg, 21. Juni. In den Bezirken Strzhow, Jasio, Gorlice und Brzozow herrscht vollständige Ruhe. Wie aus Strzhow gemeldet wird, stellen die Theilnehmer an den Plünderungen die geraubten Gegenstände freiwillig zurück. — In Jaisow ist ein allgemeiner Vergarbeiterausstand ausgebrochen. Die Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit blieben erfolglos.

Ungarn.

Die Wahlrechtsbewegung macht Fortschritte. In den fünfzig größeren Orten soll am nächsten Sonntag in großen Volksversammlungen die Forderung nach dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht erhoben werden.

Frankreich.

Paris, 22. Juni. Präsident Faure konferirte heute Vormittag mit Loubet und Descaudel. Heute Nachmittag wird der Präsident diejenige Persönlichkeit berufen, die er mit der Kabinetsbildung beauftragen wird; dem Vernehmen nach soll dies Kriffon oder Bourgeois sein.

Die Blätter nennen Dupuy, Freichel und auch Ventral als diejenigen Politiker, die nimmere für die Aufgabe der Kabinetsbildung in Betracht kommen dürften. Mehrere Zeitungen machen die für Drehsus eintretenden Senatoren für das Scheitern der Kombination Sarrrien verantwortlich, weil diese Senatoren gegen die Ernennung Cavaignac's zum Kriegsminister intriguirten hätten. „Libre Parole“ sagt, Präsident Faure habe die Pflicht, Cavaignac auf jeden Fall das Kriegsportfolio anzuvertrauen. „Gaulois“ will wissen, Faure werde eventuell an den Patriotismus Melne's appelliren und seinen Einfluß dahin hindeuten, daß er selbst vor einer Auflösung der Kammer nicht zurückschrecke.

Niederlande.

Bei den Wahlen zu den Provinzialstaaten kommen unsere Parteigenossen in der Provinz Groningen in eine Stichwahl.

England.

London, 22. Juni. In einer Rede, welche der Handelsminister Ritchie gestern Abend in einer konservativen Versammlung im ArchaPalast hielt, sagte er, wenn England in China gegen Rußland kriegerische Operationen unternommen hätte, würde dies einen Krieg mit Rußland in Europa und Indien und einen Krieg mit Frankreich in Westafrika bedeuten haben. Ja, es würde dies auch einen Krieg mit Frankreich in Europa bedeuten haben, und solch ein Krieg könnte nicht leichtsin unternommen werden. Niemand werde wünschen, daß England sich ohne entsprechenden Grund auf einen Krieg einlasse mit solchen Mächten wie Frankreich oder Rußland oder beide zusammen; ein derartiger Krieg könne aber immerhin nothwendig werden und würde, wenn dieser Fall eintrete, auch geführt werden.

Italien.

Rom, 22. Juni. Der Kammerpräsident Biancheri berief die Kammer für den 24. Juni ein zur Beratung des provisorischen Budgets und mehrerer dringender administrativer Geschäfte. Man hofft, daß es dem Senator Finali gelingen werde, ein Kabinett zu bringen.

Schweden.

Stockholm, 22. Juni. Das vom Kultusminister Gyllenborg eingereichte Entlassungsgeßuch wurde heute vom Könige genehmigt. Zum Nachfolger ist der Assessor am „Höfsten Gericht“ Claesson ernannt worden.

Rußland.

Warschau, 22. Juni. Um den anonymen politischen Demonstrationen entgegenzutreten, verfügte der Generalgouverneur Amerling, daß derartige Demonstrationen in Zukunft nicht mehr auf administrativem Wege erledigt, sondern ohne weiteres vernichtet werden. Ausgenommen sind nur solche Fälle, welche dem Untersuchungsrichter die Einleitung der strafgerichtlichen Untersuchung gebieten.

Türkei.

Konstantinopel, 21. Juni. Nach Berichten aus Moskau ist die gestrige unterbrochene telegraphische Verbindung an der montenegrinischen Grenze wieder hergestellt. — Die serbische Gesandtschaft richtete an die Pforte eine Note, in welcher in allgemeinen Ausdrücken die Aufmerksamkeit auf die ernste Lage im Vilajet Kosowo, das Vordringen der Albanesen über die Grenze und den Angriff auf ein serbisches Klosterhaus gelenkt wird. Zugleich wird in der Note eine Untersuchung der Vorfälle, die Verhaftung und Verhaftung der Schuldigen, sowie endlich die Ergreifung von Maßnahmen gefordert, damit solche Zwischenfälle sich nicht mehr wiederholen. Der Gesandte Kowalowski erinnerte die Pforte auch daran, daß er auf seine jüngste Note über die Lage der Serben im Vilajet Kosowo noch keine Antwort erhalten habe.

In Werana scheint Ruhe einzutreten. Heute Morgen lauten auch die Nachrichten aus Andriewka sehr befriedigend.

Asien.

Aus Shanghai wird der „Frankf. Zeitung“ telegraphiert: Die neuerdings erfolgte Demission der Minister in Peking wird als ein Erfolg der Kaiserin-Wittve und Völkungsführung und als ein Sieg der russischen Partei betrachtet. Die entlassenen Minister sind mit der Abfertigung einverstanden. Der Kaiser wird seine Residenz von Peking nach Hainan verlegen, um sich dem russischen Einfluß zu entziehen.

Ueber ein deutsches Eisenbahn-Unternehmen in China wird der „Voss. Ztg.“ gemeldet:

Einer Peking-Drachung zufolge verlangte Baron Gehling vom Tsungli-Yamen die Gewährung der Konzession an die Deutschen für den Bau einer Eisenbahn von Tientsin nach Tschingliang.

Tientsin ist der Hauptplatz auf dem Wege vom Pechili-Golf nach Peking. Tschingliang liegt an der Mündung des Panischang unweit Nanjing. Die Bahn wäre zweifellos von großer Bedeutung für den Handel in Ostchina und nicht minder für die Wehrfähigkeit des chinesischen Reiches.

Afrika.

Kairo, 21. Juni. Der Sirdar Rithener Pascha und viele andere Offiziere sind heute Abend nach Verber abgefahren. Vor dem Falle Omdurman wird die Rückkehr nach Kairo nicht erfolgen. Der Khalif hat beschlossen, seine Truppen in dem besetzten Lager von Kertzi zehn Meilen nördlich von Omdurman zusammenzuziehen und dort die englisch-egyptische Armee zu erwarten. Der Khalif ist augenscheinlich entschlossen, Omdurman bis aufs Äußerste zu verteidigen.

Wahlkampf.

Sozialdemokratische Stichwahlakt.

Der „Proletarier aus dem Culengebirge“ schreibt: „Was uns nun auch immer von den Freisinnigen trennt, es muß für die Stichwahlen außer acht gelassen werden, wenn wir uns nicht selbst ein politisches Amuthzeugnis ausstellen, wenn wir nicht zu Mitschuldigen am Morde der wichtigsten Volkrechte werden wollen. Unsere Parole für die Stichwahlen in Schlesien kann also nur die sein: Gegen die Junker, für den Freisinn.“

In Wittenberg-Schweinig haben unsere Parteigenossen Wahlenthaltung empfohlen, da der Kandidat der freisinnigen Vereinigung es ablehnte, sich gegen die Vermehrung des stehenden Heeres und der Marine auszusprechen.

In der Westprignitz und im Kreise Ruppin-Templin werden die Sozialdemokraten den Freisinn unterstützen. Dagegen im ersten Oldenburgischen Wahlkreis.

In Konstanz, Donau-Eisingen und Heidelberg haben die Sozialdemokraten bürgerlichen Blättern zufolge beschlossen, für das Zentrum gegen die Nationalliberalen einzutreten.

Der Landesausschuß der württembergischen sozialdemokratischen Partei richtet einen Appell an die Parteigenossen, in allen acht Wahlkreisen, in denen die Volkspartei zur Stichwahl steht, deren Kandidaten nachdrücklich zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Stichwahlparole.

Die von unserem Parteivorstand ausgegebene Stichwahlparole findet nicht den Beifall der Konservativen. Die „Konf. Korresp.“ meint, es sei bezeichnend, daß die sozialdemokratische Parteileitung es unterlassen hat, zur Bedingung für ihre Wahlhilfe Forderungen zu stellen, die auf Erweiterung des Arbeiterschutzes hinführen. Hieraus geht wieder klar und deutlich hervor, daß die Sozialdemokratie nicht im entferntesten das Recht besitzt, sich Arbeiterpartei zu nennen. Wenn die Sozialdemokratie für unbeschränkte Koalitionsfreiheit eintritt, so thut sie das doch nicht der Arbeiter wegen, sondern, um freie Bahn für ihren Terrorismus zu haben.“ Die „Konf. Korresp.“ muß es ja wissen, wahrscheinlich hat sie wieder bei Ehren-Räuber-Entscheidungen eingegeben, denn anständige Arbeiter haben mit der konservativen Partei schon längst keine Fühlung mehr. Daß in unserer Stichwahlparole keine auf die Erweiterung des Arbeiterschutzes hinführende Forderung enthalten ist, hat seinen guten Grund. Wir besitzen nämlich in Deutschland noch keine parlamentarische Regierung, deren Verfassungen die Behörden Folge zu geben hätten. Zu jedem Befehl des Reichstages ist die Zustimmung des Bundesraths nötig, und deshalb könnte sich leicht ein Kandidat, dem es um sein Mandat zu thun ist, auf eine Forderung verpflanzen in der ganz sicheren Voraussetzung, daß der Bundesrath doch sein Veto einlegen würde. Einweisen ist es der deutschen Volksvertretung nur möglich, völkfeindliche Pläne der Regierungen oder der Reaktionsäre zu durchkreuzen, nicht aber selbständig etwas durchzuführen, was die Regierung nicht will. Deshalb hat der Parteivorstand vollkommen richtig gehandelt, wenn er die bürgerlichen Kandidaten, die wir unterstützen, nicht auf positive Forderungen verpflichtete, sondern sie nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet, ob sie Gewähr für keine weitere Verminderung der Rechte und für keine weitere Ausplünderung des Volkes bieten.

Stichwahlakt der bürgerlichen Parteien.

In Ludenwalde wollen die Freisinnigen für unseren Kandidaten Ewald eintreten.

Der Vorstand des konservativen Vereins für die Stadt und den Landkreis Guben macht bekannt, daß er, da ein Sieg des konservativen Kandidaten v. Gehdebrandt, der mit dem Prinzen Schönaich-Carolath in Stichwahl steht, ausgeschlossen sei, es den Wählern überlasse, ob sie in der Stichwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen oder nicht.

Zentrum und Nationalliberale in Breslau haben den Vorschlag gemacht, gegen Zukauer für den konservativen Feilsch zu stimmen.

In Königsberg-Land (Ostpreußen) wollen die Wähler trotz allen Großes, den sie gegen den Grafen Dönhoff empfinden, in der Stichwahl für ihn gegen den Sozialdemokraten stimmen.

Die Nationalliberalen wollen den Bundesdirektor Dr. Hahn gegen die Sozialdemokraten im 19. hannoverschen Wahlkreis heraus-

hauen. Der nationalliberale „Hann. Kur.“ macht zwar eine effigsaure Miene dazu, aber es ist ganz nationalliberal, daß sie die Hühner, mit der sie gequält wurden.

In Höchst a. M. werden die Nationalliberalen gegen unseren Kandidaten für das Zentrum eintreten.

In Hildesheim stimmen die Nationalliberalen für den Feilsch gegen unseren Kandidaten.

In Vennep-Nettmann haben die Nationalliberalen und Konservativen beschlossen, für die freisinnige Volkspartei gegen unseren Kandidaten zu stimmen.

In Kassel werden die Antisemiten gegen unseren Kandidaten für den Nationalliberalen eintreten.

In Wiesbaden haben die Vertrauensmänner der Zentrumsparthei beschlossen, für die Kandidatur Wintermeyer (fr. Rp.) gegen den Sozialdemokraten Dr. Quard einzutreten. Gegenforderung ist die Unterstützung der Zentrumskandidaten in den Wahlkreisen Limburg und Höchst-Uffingen. Es versteht sich von selbst, daß die Konservativen, Reichsparteiler und Nationalliberalen mit fliegenden Fahnen dem bedrohten Freisinn zu Hilfe eilen.

In Eisenach haben die Konservativen beschlossen, gegen den Sozialdemokraten und für den Freisinnigen in der Stichwahl einzutreten.

Im Wahlkreis Rudolstadt empfiehlt der freisinnige Wahlverein bei der Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen und dem Sozialdemokraten strenge Neutralität.

In Göttingen, Heilbronn und Cannstatt, wo unsere Genossen mit den Konservativen in Stichwahl stehen, haben die Demokraten beschlossen, für unsere Kandidaten zu stimmen. Das gleiche geschah in Hirsch, wo Genosse Segitz zur Stichwahl steht.

Das Zentrum hat in Württemberg Wahlenthaltung beschlossen für die Wahlkreise Camstatt (Stichwahl zwischen Gieber n. l. und Tauscher Soz.), Wöblingen (Stichwahl zwischen Kraut l. und Haußmann f. d. Rp.), Eßlingen (Stichwahl zwischen Gey Rp. und Brodbeck fr. Rp.), Neutlingen (Rupp n. l. gegen Bayer f. d. Rp.), Oehningen (Kraut n. l. gegen Hoffmann f. d. Rp.) und Crailsheim (Haug n. l. gegen Angst f. d. Rp.). Im Wahlkreis Heilbronn stimmt das Zentrum für Hegelmair l. gegen Müller Soz., in Freudenstadt für Mauser l. gegen Geller f. d. Rp., in Ulm für Häule f. d. Rp. gegen Hartmann Rp.

In Mannheim beschloß das Zentrum Wahlenthaltung zwischen dem Nationalliberalen Wassermann und dem Sozialdemokraten Dreßbach.

Die in Reustadt l. d. Pfalz versammelten pfälzischen Zentrums-Vertrauensmänner proklamirten als Parole im ersten und sechsten Wahlkreise Speyer und Kaiserslautern die Stimmenabgabe bei der Stichwahl freizustellen. Es handelt sich um die Stichwahlen zwischen Reichertsheimer (R. u. d. L.) und Eberhart S., sowie zwischen Dr. Mößle n. l. und dem Sozialisten Klement.

In Kaiserslautern werden die Demokraten für uns stimmen.

Der engere Ausschuß der deutschen Volkspartei Badens erläßt einen Wahlauftrag zu Gunsten der sozialistischen und Zentrumskandidaten gegenüber den Nationalliberalen.

Die Stichwahlpolitik der freisinnigen Volkspartei.

Endlich läßt sich die „Freisinnige Zeitung“ herbei, sich zu der Frage der Stichwahlpolitik zu äußern, aber nicht, um den Freisinnigen eine bestimmte Parole zu geben, sondern nur, um überhaupt etwas zu sagen. Das Blatt schreibt:

„Diese Stichwahlpolitik ist genau dieselbe, welche 1893, 1890, 1887 und 1884 für die freisinnige Partei und früher für die Fortschrittspartei maßgebend war. Niemals ist in der Partei von oben herab versucht worden, den Wählern eine allgemeine Schablone aufzuzwingen. Für das Verhalten bei den Stichwahlen in den einzelnen Wahlkreisen ist ein solcher Versuch schon bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und der in Betracht kommenden Parteien an und für sich unausführbar. Seitens der Zentralliste der freisinnigen Volkspartei hat man sich daher von vornherein darauf beschränkt, die Wahlkomitees aufzufordern, vor endgültiger Beschlussfassung sich mit der Zentralliste in Verbindung zu setzen und bis dahin auch insbesondere jede öffentliche Erklärung zu vermeiden. Diefem Ersuchen ist indessen bei der Kürze der Zeit nicht überall Folge gegeben worden.“

Nun sind also die Wähler genau so klug wie vorher. Befolgen die Freisinnigen die Parole der früheren Wahlen, so werden sie wiederum durch Stimmenthaltung oder durch offenes Eintreten für die Sammlungspolitik der Reaktion stürzen, wie sie das 1893 in so hervorragendem Maße gethan haben. Und dabei schreibt die „Freis. Zeitung“ in derselben Nummer, es sei nicht ausgeschlossen, daß je nach dem Ausfall der Stichwahl, der neue Reichstag im Verhältnis zu dem bisherigen Reichstag eine erhebliche Verschiebung nach der rechten Seite aufweist und daß damit die agrarische Richtung, welche der gegenwärtige Reichstag bereits aufwies, noch eine beträchtliche Verschärfung gewinnt. Wenn die „Freis. Ztg.“ diese Gefahr so rechtzeitig erkannt hat, so wäre es wohl Pflicht der Parteileitung, alles zu thun, um die agrarische Gefahr abzuwenden. Thut sie das nicht, so macht sie sich selbst zum Wirtshaus und unterliegt indirekt diejenigen, die auf Kosten des Volkes ihre Tischen füllen und das Volk politisch mundtot machen wollen. Die Folge davon wird sein, daß auch die wenigen, die sich heute noch zu den Freisinnigen rechnen, von dieser Partei abfallen und sich derjenigen Partei anschließen werden, die allein im Stande und willens ist, rücksichtslos die Interessen der Gesamtheit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung zu vertreten.

Schon jetzt lassen weiter links stehende freisinnige Organe gar keinen Zweifel, daß sie mit ihrer Parteileitung unzufrieden sind. So schreibt die „Berliner Zeitung“: „Dauerlichweise ist von einer derartigen klaren und entschiedenen Parole aber ganz und gar nicht die Rede. Statt zu erklären: die Anhänger der Freisinnigen Volkspartei müssen unter allen Umständen gegen die Parteien der Rechten stimmen, also liberal, wo ein konservativer oder Nationalliberaler mit einem Sozialdemokraten zur Stichwahl steht, für den Sozialdemokraten eintreten, eine Parole, für die sich selbst ein so gemäßigtes Blatt wie die „Vossische Zeitung“ ausspricht, dreht und wendet sich das Blatt der Parteileitung wie ein Wurm in Redewendungen, die bei den Wählern den Eindruck erwecken müssen, als ob man in der Freisinnigen Volkspartei oder vielmehr in ihren leitenden Kreisen eine Verhärtung der Rechten lieber sehen möchte, als eine Verhärtung der Sozialdemokratie.“ Weiter bezeichnet die „Berl. Ztg.“ die Aufforderung des Zentralkomitees der Freisinnigen Volkspartei an die einzelnen Komitees im Reich, vor endgültiger Beschlussfassung zu den Stichwahlen sich mit der Zentralliste in Verbindung zu setzen und bis dahin auch insbesondere jede öffentliche Erklärung zu vermeiden, als ein Verspiel, eine „Diplomatie“, mit der man den und jenen taktischen Einzelerfolg erringen kann, mit der sich aber nimmermehr eine Volkspartei auf derjenigen Höhe erhalten wird, welche allein ihr die Achtung des Volkes erhalten und sichern kann. Auch die demokratische Volks-Zeitung“ spricht von einem „Giertanz“, den das offiziöse Organ der Parteileitung in der Stichwahlfrage aufführt und der nicht bloß im eigenen Lager Unwillen erzeuge, sondern auch den Spott der Gegner herausfordere. Sie empfiehlt den Freisinnigen, im Gegensatz zu Eugen Richter, das zu thun, was der klare Einblick in die politische Nothwendigkeit erheische, d. h. die Reaktion durch Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaturen in der Stichwahl niederzustimmen.

Der Schrecken des Freisinn.

Die Freisinnigen im 6. Berliner Wahlkreis haben am Dienstag ein Flugblatt verbreitet, in welchem den Wählern wieder der Popanz Zukunftsstaat, natürlich der, der in den Köpfen dieser freisinnigen Mannesleuten prallt, in den graulichsten Farben geschildert wird. In großen fetten Lettern wird darin behauptet, nachdem wieder einmal gesagt wird, die Sozialdemokratie verheißt ihre eigentlichen Ziele, das Umgekehrte der Sozialdemokratie sei: — „der Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und die Errichtung eines Zukunfts-

Zwangs-Staates, in dem alles Eigentum besetzt, jeder einzelne ohne seine freie Wahl die ihm vom Staate zubilligte Arbeit zu leisten und sich den Lohn nicht in dem wirklichen Ertrage seiner Arbeit, sondern in dem zugewiesenen Pflanz, was er nach Ansichts der Staatsgewalt braucht, um sein Leben zu fristen.“ Es wird darin dann weiter gesagt, daß den Millionen von kleinen Sparkassenbesitzern, den Millionen von kleinen Bauern ihr mühsam erworbenes und ererbtes Vermögen genommen werden wird, was sich nur durch den schredlichsten blutigen Kampf, durch die Anwendung von Zwang und drohendster Gewaltthat erreichen ließe und der beständige innere Bürgerkrieg, den die Geschichte niemals aufgewiesen, ein Meer von Blut und die Zerstörung der gesamten menschlichen Kultur und Freiheit wird dem graulichen Schiller in diesem Flugblatt, dessen Inhalt eine sehr verböferte Auflage der Richter'schen „Zerlehn“ darstellt, vorgegaukelt.

Die sehr hübsche Wendung, die Sozialdemokratie wolle den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, ist nicht einmal eine eigene Erfindung der Freisinnigen, sondern sie entstammt aus den Zeiten des Kaiserregiments des Herrn v. Puttkamer und der Zeit des Sozialistengesetzes. Wahrscheinlich lehnen sich die polizeifreundlichen Freisinnigen nach diesem Regiment zurück und betrachten es als eine rettende That einiger ihrer Vertreter im Parlament, daß diese im Jahre 1884 für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmten. Dem Gewäch eine ernste Betrachtung zu widmen, wäre Zeitvergeubung. Gruselig hört sich die Geschichte an, und fast klingt sie, als ob der Herr Schulinspektor den Schulkindern ein Kammernmärchen erzählt. Ueberlassen Sie doch dieses Gebiet den alten Weibern, Herr Juid — oder gehören Sie selbst dazu?

Für Kreitzing

verbreiten die Konservativen im 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis ein Flugblatt. Dasselbe ist auch von einem Freiherrn v. Schirp unterzeichnet.

v. Schirp macht alles.

Auf zum Kampfe für Religion, Ordnung und Sitte!

Die Konservativen in Teltow-Reeslow-Storlow-Charlottenburg machen verzweifelte Anstrengungen, den Wahlkreis, der zuletzt durch unseren Genossen Hubert vertreten war, für sich zu gewinnen. Sie scheuen dabei vor keinem noch so schmutzigen Mittel zurück. So hat u. a. die Charlottenburger „Bürgerzeitung“ eine Extranummer herzustellen lassen, die sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richtet. Wir lassen von dem blühenden Unfame nur einige Proben folgen. Es wird z. B. gesagt, was die Sozialdemokraten, die nichts thun als wählen, aufrühren und hegen, eigentlich im Reichstage sollen.

„Gaben wir den Reichstag eingerichtet und das prächtige Reichstagsgebäude gebaut, damit es ein Zummelpfad für Revolutionen, Bestrebungen sei, die, statt mitzuhelfen, das Wohl des Volkes, die Macht und Größe des Vaterlandes zu bauen, nur Unzufriedenheit, Verwirrung und Hader säen und darauf spekulieren, daß die Verhältnisse, statt sich zu verbessern, sich immer mehr verschlechtern, damit sie das Volk zur Revolution treiben! Die Revolutionen sind das Schrecklichste, was ein Volk treffen kann; aber die sozialdemokratische, die nicht bloß die politischen Verhältnisse des Staates, sondern alles, was besteht, die ganze Gesellschaftsordnung radikal umstürzen will, würde die furchtbarste Revolution sein, die je die Welt gesehen hat.“

Weiter wird dem biederen Spießbürger vorgelesen, daß die Sozialdemokraten genau aufpassen, wer wählt, und daß derjenige, der nicht an die Hüne geht, am Abend des Wahltages „seine Reile kriegt.“ Unsere Genossen Liebschütz und Hubert werden mit Roth beworfen, und damit auch die Freisinnigen sich veranlaßt fühlen, für den konservativen Kandidaten zu stimmen, wird das, was die freisinnige „Neue Zeit“ früher gegen Hubert geschrieben hat, nochmals zitiert, obgleich wir die darin enthaltenen Lügen schon gebührend festgenagelt und richtig gestellt haben. Aber trotz dieser von den Konservativen angewandten Mittel, die ihrem Kandidaten, dem Superintendenten Vorberg, alle Ehre machen, glauben sie doch nicht recht an ihren Sieg, und deshalb fühlen sie sich veranlaßt, in ihrem neuesten Flugblatt nicht nur um die Gunst der Freisinnigen zu buhlen, sondern auch Gott um Hilfe anzuflehen. Der Herr Superintendent scheint das Gebot „Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes nicht unnütz aussprechen“ ganz vergessen zu haben. Er wird von dieser Art der Agitation freilich nicht haben, denn die Sozialdemokraten, die auf ihre eigene Kraft bauen, werden auch diesmal den Wahlkreis behaupten, und die Konservativen werden beschämt zugesehen müssen, daß die sozialdemokratischen Prinzipien doch eine bessere Waffe sind, als Lüge, Hader, Verleumdung und all' die anderen Mittel, deren sich unsere Gegner bedienen.

Die Konservativen drohen den Freisinnigen.

Jetzt geht auch die „Konf. Korresp.“ ihrem Karger darüber aus, daß die Freisinnigen sich nicht ohne weiteres der Parole „Gegen die Sozialdemokratie“ anschließen haben. Wir wollen nur die eine Thatsache gebührend festnageln, daß die freisinnigen Parteien eine klare Stichwahlparole auszugeben bis jetzt verniedern haben. Glaubt man aber auf jener Seite dadurch aus dem Dilemma sich retten zu können, so täuscht man sich. Das Ergebnis der Stichwahlen wird offenkundig jedermann zeigen, wohin der Zug der freisinnigen Herzen gegangen ist. Unseres Erachtens wird von dem Verhalten des Freisinn bei den Stichwahlen das fernere Schicksal dieser politischen Richtung abhängen.“ Mit dieser letzten Versicherung hat die „Konf. Korresp.“ unbedingt recht. Stimmten die Freisinnigen bei den Stichwahlen so wie es die Konservativen wünschen, so ist ihr Schicksal besiegelt, sie hätten dann politischen Selbstmord begangen und würden in Zukunft wohl auch mit konservativer Hilfe schwerlich jemals noch ein Mandat gewinnen können.

Konservativer Kagenhammer.

Die Furcht vor den glänzenden Erfolgen der Sozialdemokratie und die Angst vor einem neuen Reinfall der Sammlungsbücher bei den Stichwahlen spiegelt sich besonders deutlich in der „Konf. Korresp.“ wieder. Das Blatt veröffentlicht einen Artikel nach dem anderen, die sammt und sonder den Zweck haben, die Bevölkerung aufzurufen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie, der mit geistigen Waffen nicht mehr beizukommen sei. Als ob diese Sorte von Gegnern jemals geistige Waffen besessen hätte! Dabei hat die „Konf. Korresp.“ aber selbst schon die Hoffnung aufgegeben, daß die anderen Parteien ihrem Sammlungsrufe Folge leisten werden, und in diesem dumpfen Vorgehüll ihre kläglichen Niederlage ergeht sie sich in den unflätigsten Beschimpfungen aller derer, die sich erlauben, eine von der ihrigen abweichende Meinung zu haben. Sie bezeichnet diejenigen, die auch nur indirekt durch Stimmenthaltung für die Sozialdemokratie eintreten, als Vaterlandsverräther, sie spricht davon, daß die Gegner der Reaktion sich selbst an den Pranger stellen, ja, sie schimpft selbst auf die unschuldige „National-Zeitung“, die durch ihre Setze gegen die Landwirthe (!) arge Demagogie treibe. Aber trotz ihrer schwachen Aussicht auf Erfolg nimmt die „Konservative Korrespondenz“ den Wind recht voll, ja, sie redet sogar davon, daß die konservative Partei ihren Ehrenstand rein erhalten müsse. Das hätte die Partei nur früher thun sollen, jetzt ist ihr Schicksal durch die Verbundenheit so vieler ihrer Anhänger bereits so fest geworden, daß er sich kaum wieder reinwaschen läßt, geschweige denn rein erhalten werden kann. Eine andere Partei, die solches Stimmensonto aufzuweisen hätte, würde es überhaupt nicht mehr wagen, öffentlich herzutreten, aber es giebt im Deutschen Reich leider immer noch Leute, denen der Begriff der Scham fremd ist.

Zum Stichwahlkampf in Potsdam-Osthavelland.

Kunnehe scheinen auch die Freisinnigen zu der bevorstehenden Stichwahl eine allerdings wenig entschiedene Stellung genommen zu haben; wenigstens wird in diesem Wahlkreise ein von dem freisinnigen Kandidaten prakt. Arzt Dr. med. Rudolph-Berlin geadmetes Flugblatt verbreitet, welches seiner Charakteristik wegen in nachstehendem wiedergegeben wird:

„Nachdem der Kandidat der konservativ-antisemitisch-national-liberalen Partei, Herr Richtermeister Pauli keine bindende,

Erklärung dafür abgegeben hat, daß er für die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen, sowie für das bestehende Reichstags-Wahlrecht eintreten wird, da es ferner nach seinen Reden sicher ist, daß er die Fortleitung der Handelsverträge nur dann befürworten wird, wenn der Getreidezoll mindestens verdoppelt wird.

so bin ich nicht in der Lage, denjenigen Wählern, die mich bei der Hauptwahl gewählt haben, die Wahl des Herrn Pauli bei der bevorstehenden Stichwahl zu empfehlen."

Uns soll wundern, ob das Gros der „freisinnigen“ Wähler nunmehr die einzig richtige Konsequenz ziehen und unserem Kandidaten ihre Stimme geben werden. Entschiedenheit ist ja bekanntlich nie Sache der Herren Freisinnigen gewesen, deshalb sagt Herr Dr. Meugan in seinem Flugblatt auch nicht, ob seine Wähler sich der Stimme enthalten oder für den sozialdemokratischen Kandidaten, Schröder, stimmen sollen. In der Wahlagitator hat der Herr allerdings wiederholt betont, daß er in der Stichwahl für unseren Kandidaten gegen den Konfessionar eintreten wolle. Mögen die freisinnigen Wähler nun das eine oder andere thun, wir geben uns hierüber absolut keinen sanguinischen Hoffnungen hin. Sache der Arbeiter ist es, aus eigener Kraft den Arbeiterkandidaten durchzubringen; dies können sie, wenn sie alles daran setzen und die säumigen Wähler an die Wahlurne treiben. Selber ist der Mann!

Gegen die Wahl des Landrats v. Roebell,
der im Kreise Brandenburg, Westhavelland mit unserem Genossen Peus um das Mandat ringt, wendet sich das freisinnige „Brandenburger Tageblatt“ in einem Artikel, dem folgendes Motto vorangestellt ist:

„Sprich mir von allen Schrecken des Gewissens, nur von dem Landrat sprich mir nicht.“

In dem Artikel wird dargelegt, daß zu Volksvertretern am allerwenigsten die Landräthe passen, weil sie der Regierung gegenüber keine eigene Meinung haben dürfen. Zum Schluss heißt es: „Laßt den Landrat v. Roebell in seinem Kreise, wo er am Platze ist, schickt ihn nicht in den Reichstag, wo er zu nichts nützt ist!“

Eine famose Parodie auf die „Sammelpolitik“ des Herrn v. Miquel.

Agrarischer Stimmenfang.

Die „Korresp. des Bundes der Landwirthe“ giebt sich alle erdenkliche Mühe, das Zentrum und die Freisinnigen für die Sammelpolitik zu gewinnen. Sie verschweigt dabei wohlweislich, wie schwere Gefahren dem Volke aus der Verwirklichung der Pläne der Brotherbener und Volkseutrichter drohen, und stellt es so dar, als ob es sich bei den Wahlen lediglich um Monarchie und Christenthum handle. So glaubt sie z. B. die Zentrumswähler zu locken, indem sie der Ansicht Ausdruck giebt, daß kein katholischer Wähler auch nur einen Augenblick darüber im Zweifel sein wird, ob er einen auf christlich-monarchischem Boden stehenden Kandidaten seine Stimme geben, oder durch Stimmenthaltung einem reichseindlichen, atheistischen Sozialdemokraten zum Mandat verhelfen soll. Auch hofft das Blatt, daß die Zentrumswähler so unheimlich feige und selbst für einen Gegner der Aufhebung des Jesuitengebietes stimmen werden. Daß die Freisinnigen für die Wähler eintreten werden, erscheint der „Korrespondenz“ deshalb wahrscheinlich, weil diese wenigstens nicht ausgesprochen antimonarchisch sind und im großen und ganzen auf dem Boden der bestehenden Ordnung stehen. Bestärkt wird das Bundesorgan in dieser Hoffnung durch die liberale „Kieler Zeitung“, die alle Liberalen und Freisinnigen auffordert, in Dithmarschen für den Agrarier Kahle und in Hunsrück für den vom Bunde unterstützten Antisemiten Naab gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen.

Einen klaren Beweis für den Niedergang des deutschen Liberalismus kann es nicht geben, als daß ein sich freisinnig nennendes Blatt einen solchen Aufruf erläßt. Wie sind begierig, ob der größte Theil der Wähler diesem Aufruf Folge leistet.

In dem Programm des „Bundes der Landwirthe“

beheben sich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ wissen will, von den gewählten Abgeordneten 66. Außerdem sollen bei 18 Stichwahlen solche Kandidaten mit in Betracht kommen, deren Anschauungen sich mit den Bestrebungen des Bundes decken. — Wenn auch anzunehmen ist, daß diese überhöflichen Hoffnungen des Bundes für Brot- und Thomasmehl-Vertheuerung durch den Ausgang der Stichwahlen etwas herabgestimmt werden, so zeigen diese Zahlen doch, wie groß die „agrarische Gefahr“ ist.

Herr von Stumm und der Bund der Landwirthe.

Herr von Stumm, der typische Gegner jedes sozialen Fortschritts, ist im Wahlkreise Wittweiler-St. Wendel-Meisenheim der Stichwahl-Kandidat des Bundes der Landwirthe. Der Gegenkandidat des scharfmachenden Freiherrn ist der Zentrumsmann Dr. Hille, der Generalsekretär der Berliner katholischen Arbeitervereine. Dieser hat es, was nur zu seiner Ehre gereicht, abgelehnt, sich auf das volksausbeuterische Programm des Bundes der Landwirthe zu verpflichten. Herr von Stumm aber hat sich auf dieses Programm verpflichtet und darum tritt der Bund sogar in Verlegen für die Wahl des Herrn von Stumm ein.

Wohlauf, deutsche Bauern von Berg und von Thal, die der Bund auseinander geleitet.

Hier giebt es kein Zögern, hier bleibt keine Wahl: Wählt v. Stumm, dann seid ihr gut gebettet!

„Wählt v. Stumm, dann seid ihr gut gebettet“, rüth der Bund der Landwirthe den deutschen Bauern. Damit charakterisirt er sich zur genüge; damit zeigt er, was von den sozial lügnerischen Phrasen zu halten ist, die auch der Bund und seine Organe dann und wann vom Stapel lassen. Der Bund der Landwirthe tritt ein für die Wahl des lebensschändlichsten Arbeiterfeindes: das genügt! — Aber auch nach anderer Richtung ist diese Kandidatur von ungemeinem Interesse, denn die Verpflichtung des Herrn v. Stumm auf das wirtschaftliche Programm des Bundes der Landwirthe zeigt, daß der längst angekündigte Neubau der vereinigten agrarischen und industriellen Volksausbeuter gegen das deutsche Volk nun beginnt. Die Agrarier für Industriezölle und Anebelung der industriellen Arbeiter; die durch Herrn v. Stumm repräsentirte Grochindustrie für Lebensmittelsölle und Aufhebung der Freizügigkeit ländlicher Arbeiter! Eine Liebe ist der anderen werth. Die Agrarier und die Grochindustrie helfen sich gegenseitig ihre beiderseitigen reaktionären Herzenswünsche erfüllen.

Miquel in Kungken.

Die Miquel-offiziösen „Verl. R. R.“ befürchten, daß die Sozialdemokratie in den Stichwahlen einen starken Zuwachs erfährt; sie jammern daher über die Freisinnigen, die der im Interesse des Vaterlandes aufgestellten Parole, unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie zu stimmen, nicht Folge leisten, sondern nur ihren Vortheil wollen und in ihren gefährdeten Wahlkreisen von den Sammelparteiern zwar gern Unterstützung annehmen, diese aber dafür bekämpfen und in der Presse verhöhnen und beschimpfen. Ihre einzige Hoffnung beruht noch darauf, daß Zentrum und Nationalliberale sich zur gemeinsamen Bekämpfung der Sozialdemokratie zusammenschließen. Wir wollen den Freunden des Herrn v. Miquel diese Hoffnung nicht nehmen, aber offen gestanden, glauben wir nicht daran. Zwar schreibt die „Natlib. Korr.“:

„Wir mit Genußnahme vernahmen, haben auf Grund von Vereinbarungen hervorgehende parlamentarische Führer der Zentrums-Partei in denjenigen Wahlkreisen, in welchen das Zentrum in den Stichwahlen den Ausschlag gegen die Sozialdemokratie giebt, die Parole ausgegeben, daß überall die Zentrumswähler energisch zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aufgefordert werden. In der Erwartung, daß dies auch befolgt wird, hat die Zentralleitung der nationalliberalen Partei ihrerseits besondere Veranlassung genommen, die Gewinnungsgenossen in solchen Wahlkreisen, wo das Zentrum mit der Sozialdemokratie in der Stichwahl sich befindet, zur entschlossenen Unterstützung der Zentrums-

kandidaten aufzufordern. Hiernach darf angenommen werden, daß die Nationalliberalen in Köln, Düsseldorf, Bielefeld, Göttingen, Mainz, Würzburg und Kronach zu Gunsten der Zentrums-kandidaten in der Stichwahl den Ausschlag geben. Dagegen werden, wie andererseits sich erwarten läßt, in Dortmund, Solingen, München I, Speier, Eßlingen, Tübingen, Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim die Zentrums-wähler es an der nöthigen Unterstützung für die Kandidaten der liberalen Mittelpartei nicht fehlen lassen. Hat diese verständliche Uebereinkunft hinreichenden Erfolg, so dürfen Zentrum und nationalliberale Partei für sich in Anspruch nehmen, den Sozialdemokraten drei weitere Wahlkreise (Solingen, Dortmund, München I) entzissen zu haben, nachdem es durch das Zusammengehen in Strahburg und Reichenbach-Reutrode bereits gelungen ist, zwei Wahlkreise den Sozialdemokraten im ersten Wahlgange abzunehmen, und jedenfalls bleibt auch in den übrigen, obengenannten von der Sozialdemokratie bedrängten Kreisen der bürgerliche Besitzstand erhalten.“

Diese Abmachungen stehen natürlich nur auf dem Papier. In Wirklichkeit können die Zentrumswähler sich auf einen so schmachvollen Kuchhandel gar nicht einlassen, es sei denn, daß sie absichtlich ihre wüthendsten Gegner in den Reichstag wählen wollen. Hat denn das Zentrum die Haltung der Nationalliberalen zu den Anträgen auf Aufhebung des Jesuitengebietes schon vergessen, hat es die fortgesetzten Angriffe vergessen, die sich die Eymern, Sattler und Genossen auf die katholische Kirche leisteten, weiß es nicht, daß noch vor wenigen Monaten die Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhaus in gehässiger Weise auf das Oberhaupt der katholischen Kirche wegen der Canisius-Enchiridion einschlugen; weiß es nicht, wie sehr sich der Abgeordnete v. Eymern gegen die Bewilligung der Gesandtschaft am Vatikan sträubte und welches Jammergeschrei die Nationalliberalen anstimmten, wenn die katholische Kirche ihre Interessen wahrnimmt? Erinnert es sich nicht mehr des Ausspruchs des Herrn v. Eymern, die katholische Kirche gehe nur darauf aus, möglichst viel zu „ergattern“? Wir glauben nicht, daß das Zentrum Lust hat, dieselben unbegründeten Angriffe der nationalliberalen Kulturkämpfer auch im Reichstage über sich ergehen zu lassen, wir glauben nicht, daß das Zentrum dazu beitragen wird, seine Todfeinde noch mehr zu stärken. Und sollten wirklich einzelne Führer eine solche Parole ausgegeben haben, so werden die Wähler ihnen den Gehorsam verweigern, weil man von niemandem verlangen kann, daß er denjenigen in den Reichstag wählt, der, wenn es in seiner Macht steht, ihm selbst den Todesstoß versetzen wird. —

Daß die von uns ausgesprochene Ansicht richtig ist, dafür liegen bereits zahlreiche Beweise vor. So hat das Zentrum in Mannheim, wo der Nationalliberaler Wasserfmann gegen unseren Genossen Dreßbach den Kampf aufzufodern hat, Wahlenthaltung beschloßen. Auch für den württembergischen Wahlkreis Cannstadt ist bei der Stichwahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Sozialdemokraten vom Zentrum Wahlenthaltung als Parole ausgegeben. Ebenso hat das Zentrum-Wahlkomitee für Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg, wo bei der Hauptwahl 1232 Stimmen für den Zentrums-kandidaten v. Rechter abgegeben waren, gestern Abend einstimmig beschloßen, den Zentrums-wählern Wahlenthaltung zu empfehlen, da eine Unterstützung des Superintendenten Vorberg wegen dessen Verhalten gegenüber der katholischen Bevölkerung nicht angebracht sei, und eine ganz ähnliche Taktik wird das Zentrum wohl auch in anderen Kreisen befolgen, da es wahrlich keinen Grund hat, für die Nationalliberalen die Kastration aus dem Feuer zu holen. —

Ueber die Haltung des Zentrums und der Freisinnigen

Uagt die „Zagl. Rundsch.“, die zwar ebenfalls der Parole „Gegen die Sozialdemokratie“ zustimmt, aber so vorurtheillos ist, daß sie zugiebt, man könnte sich fälle denken, in denen Nationalgefeinte ihrer Ueberzeugung besser entsprechen, wenn sie nicht für den Gegner der Sozialdemokratie an die Wahlurne treten, sondern zu Hause bleiben. Die freisinnigen und Zentrums-Machenschaften könnten möglicherweise die Sozialdemokratie stärken.

Das wäre bedauerlich insofern, als ein weiteres Anwachsen der Sozialdemokratie im Auslande falsche Vorstellungen über unsere inneren Zustände hervorrufen und unsere Regierung zu einer Gewaltpolitik drängen würde, die wir für ausichtslos und verfehlt erachten. Andererseits würde ein solches Anwachsen der Sozialdemokratie im Reichstage auch kein gutes haben, da es klärere Verhältnisse schaffen und eine stärkere Scheidung der Geister herbeiführen würde. Die freisinnige Volkspartei ist nur eine einzige Vorpiegelung der falschen Thatsache, daß diese Volkspartei im Volke auch Waden hat. Verstimmt sie, so wird es auch dem Volke klar, daß die bürgerliche Demokratie abgewirtschaftet hat. In der Abstimmung gegenüber nationalen Fragen aber tritt keine Veränderung ein; denn auf ein ständiges Nein sind die Freisinnigen so gut geübt, wie die Sozialdemokraten. Es wäre sogar möglich, daß die letzteren mit ihrer steigenden Abgeordnetenzahl auch ein gesteigertes Verantwortlichkeitsbewußtsein bekämen. Dem Zentrum aber wäre es zu ginnen, wenn seine stürmische Nachbarschaft sich Sozialdemokratie und nicht mehr Freisinn schriebe. Auch das könnte zur Klärung mit beitragen!

Wir geben diese Freisinnigkeit lediglich der Vollständigkeit halber wieder, um daran zu zeigen, wie weit die Ansichten über die Folgen sozialdemokratischer Wahlsiege in bürgerlichen Kreisen auseinandergehen.

Einen neuen Reinsfall

hat der Bund der Landwirthe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie erlebt. Der Weber Bruno Seidel in Hohenpau (20. saßl. Reichstags-Wahlkreis), hatte sich an den Reichstags-Abgeordneten dieses Kreises, Herrn Baron Gottfried v. Herder gewandt, um die Mittel zu erlangen, eine Broschüre über die angebliche Korruption in der sozialdemokratischen Partei zu schreiben, um gleich den großen Vorbildern, den Arbeitern Lorenzen in Kiel und Fischer in Berlin, zum berühmten Manne zu werden. Aus dieser Broschüre ist jedoch nichts geworden, so daß Seidel schließlich auf Veranlassung des Herrn v. Herder ein Flugblatt zu dem löblichen Zwecke geschrieben hat, die Sozialdemokratie zu vernichten. Das Flugblatt soll am Tage vor der Stichwahl im 20. Wahlkreise als letzter vernichtender Schlag gegen die Sozialdemokratie verbreitet werden.

Reider war es bereits am 20. Juni mit dem Muth des neuen Sozialistenführers, Herrn Seidel, vorbei. Vor die Thatsache gestellt, seine Behauptungen auch beweisen zu müssen, bekam Seidel Angst und stellte jetzt seinen gesamten Briefwechsel mit Herrn v. Herder und dem Bund der Landwirthe unseren Parteigenossen zur Verfügung, um die Veröffentlichung seines Pamphletes zu verhindern. Für seine „Entschuldigungen“ erhielt der arme Weber Seidel von dem noblen Herrn Baron und vielfachen Millionär ganz e 30 Mark, eine Broschüre des Nordmachers Fischer und ein Abendbrot im Schlosse Pforzheim, woselbst er vom Herrn Baron v. Herder gnädigst empfangen wurde.

Die schönen 30 Mark waren jedoch weggefallen. Denn der Bund der Landwirthe kam auf die geistreiche Idee, daß, wenn Unterschlagungen und dergleichen von sozialdemokratischen Führern behauptet werden sollten, die Wahrheit dieser Behauptungen unter Umständen vor Gericht bewiesen werden muß. Auf diese Eventualität aufmerksam gemacht, zog es dann der edle Arbeiter Seidel vor, auf die Veröffentlichung seiner Lügen zu verzichten. — Man sieht, mit welchen schmutzigen Wurfen und welcher schmutzigen Parteitaktik die Sozialdemokratie sich herum-schlagen muß.

Was will man mehr?

fragt Herr Schweinburg, indem er die großen sozialpolitischen Leistungen und Versprechungen der Regierung aufzählt, um die Arbeiter von der Sozialdemokratie abspenstig zu machen.

Herr Schweinburg ist wohl kaum so naiv, zu glauben, daß ein Arbeiter mit der Sozialpolitik der Regierung bez. was Herr Schweinburg so nennt, zufrieden ist.

Unternehmer-Verbände.

Der deutsche Schlofferitag, der am Montag in Eisenach zusammengetreten ist, sprach sich für Zwangs-Innungen aus. Die Delegirten von Berlin, Stettin und Breslau erklärten sich dagegen.

Auf dem 14. Verbandstag der Bäckerinnungen Brandenburgs kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen bezüglich der Einführung von Zwangsinnungen. Herr Bernard, Obermeister der Berliner „Germania-Innung“ sprach sich für dieselben aus, dagegen empfahl Herr Gemeinhardt, Obermeister der Konfordia-Innung, die freie Innung. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Der Krieg.

Auf dem westindischen Kriegsschauplatz bereiten sich wieder wichtige Ereignisse vor. Eine amerikanische Flotte von 30 Transportschiffen, nach anderer Meldung sogar von 60, ist vor Santiago de Cuba eingetroffen. Diese Truppen müssen sofort ausgeschifft werden, wenn nicht unter den zusammengepackten Soldaten bei der glühenden Sonne schwere Seuchen ausbrechen sollen. Gelingt diese schwere Andschißung ohne wesentliche Störung durch die Spanier, so folgt auf dieselbe sofort der konzentrirte Angriff der Insurgenten und der Amerikaner zu Wasser und zu Lande gegen Santiago de Cuba. Ein Sieg der Amerikaner mag viele Opfer erfordern, aber er ist bei ihrer immensen Ueberlegenheit nicht aufzubringen. Ist aber Santiago gefallen, so ist die spanische Macht auf Cuba so sehr geschwächt, daß die Entscheidung über das Schicksal Cubas nicht mehr lange auf sich warten lassen kann.

Auch in Madrid erwartet man entscheidende Ereignisse. Von dort wird telegraphirt:

Nach einer amtlichen Depesche sind vor Santiago 50 amerikanische Schiffe mit Landungstruppen erschienen. Ein Kampf steht unmittelbar bevor, die Spanier halten die Küste besetzt.

Nach einer weiteren Depesche befinden sich 8000 Insurgenten vor der Stadt; die Zahl der Amerikaner beträgt 25 000 Mann. Die Besatzung Santiagos ist bedeutend geringer.

Ein amerikanisches Kriegsschiff beischloß Puerto de Castilla (östlich von Cienfuegos); die Angeln trafen jedoch nur ein Haus und ein Magazin. Unter dem Feuer des Pontonschiffes „Ferdinando catolico“, des Kanonenbootes „Dependente“ und der sich tapfer verteidigenden Truppen mußte sich das feindliche Schiff nach dreistündiger Beschließung zurückziehen.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Madrid vom 21. d. Mts. telegraphirt: Auf der amerikanischen Flotte vor Santiago nehmen die Erkrankungen an gelbem Fieber zu. Das Erscheinen von Chastfers Expedition vor Santiago beweist, das anderwärts noch keine Landung stattgefunden hat. In Santiago mangelt es an Mehl, daher wird das Vord aus Reis und Mais gebaden, welche ebenfalls schon theurer geworden sind.

Aus amerikanischer Quelle liegen die folgenden Nachrichten vor:

Eine Depesche der „Associated Press“ vom Pole St. Nikolas bestätigt, daß die Transportschiffe des General Chastfer gestern nahe bei Santiago eingetroffen seien. Zeit und Ort der Andschißung seien noch nicht bestimmt. Die Ziffer der Streikräfte betrage etwa 15 000 Mann. Während der Fahrt seien einige Fälle von typhusartigen Wätern vorgekommen. Im allgemeinen aber befänden sich die Truppen im besten Zustand und seien von ausgezeichnetem Geiste besetzt.

Kammere soll Marshall Blanco thatsächlich kein Kabel mehr zur Verfügung haben, da die Amerikaner das französische Kabel bei Guantanamo durchschnitten haben und eine Verbindung mit Washington herstellen.

Aus Santiago wird gemeldet, daß General Chastfer und Admiral Sampson 17 Meilen westlich von Santiago an Land gestiegen und eine Meile ins Innere gegangen sind, wo sie mit dem Insurgentenführer Garcia eine Unterredung hatten und den Angriff auf Santiago besprachen. Es ist wahrscheinlich, daß die Landung der Truppen nicht vor einigen Tagen stattfinden wird. Mehrere Abtheilungen sollen im Osten und Westen gelandet werden, um die Spanier über den wirklichen Landungspunkt zu täuschen.

Eine amerikanische Brigade hat am Dienstag Befehl erhalten, vom Camp Alger bei Falls Church (Virginia) nach Fortret Monroe (Virginia) sich zu begeben, um dort nach Cuba eingeschifft zu werden.

Marinesekretär Long hat in einer Unterredung geäußert, Spanien habe keinen Grund, in betreff der Blockade Havanas an die Mächte zu appelliren, dieselbe sei eine durchaus effektive. — Wie verlautet, sollen der Regierung 25 englische Schiffe als Transportschiffe angeboten worden sein.

Wie aus Antwerpen nach Hamburg berichtet wird, sind von den von der amerikanischen Regierung wegen des Krieges mit Spanien zum Anwerben befaßter Seeleute auf neutralem Gebiete (Antwerpen) beauftragten Agenten bis jetzt dort über tausend deutsche Seeleute für amerikanische Kriegsschiffe bezw. Hilfskreuzer angeworben worden. Daburch erklärt sich auch, daß die Seeleute, und zwar besonders Matrosen, in der letzten Zeit für deutsche Schiffe schwer zu heuern sind, jedoch, wie bereits berichtet, für die Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie Matrosen von anderswärts herangezogen werden mußten.

Nach einer Mittheilung des „Evening Journal“ aus New West besagen drückte Depeschen, welche an dort lebende Kubaner aus Havana gerichtet sind, Marshall Blanco habe nach dem Mordanschlag auf ihn das Regierungsgelände verlassen und halte sich nun in der Festung El Principe auf, von wo aus er auch die Zivilverwaltung weiter leite. — Demnach scheinen sich die spanischen Behörden in der kubanischen Hauptstadt persönlich nicht mehr sicher zu fühlen.

Aus Manila liegt keine Nachricht vor.

Das „New-York Journal“ veröffentlicht eine Depesche aus Hongkong, welche meldet, die chinesische Regierung habe dem amerikanischen Krieger „Jasiro“ den Befehl zutommen lassen, die chinesischen Gewässer sofort zu verlassen, ohne denselben die reglementären 24 Stunden Frist zur Verproviantirung und zur Einnahme von Kohlen zu bewilligen.

Aus Madrid wird noch gemeldet: Das amtliche Blatt veröffentlicht eine Verfügung betreffend die Bezahlung der früheren Schuld in fremder Münze. Der erste Artikel besagt, daß die auswärtigen Inhaber aufgefordert werden, ihr Eigenthumsrecht darzulegen und weist sie auf den Schaden hin, den sie im Unterlassungsfalle erleiden könnten. In einem weiteren Artikel wird die Frist für die Ueberreichung der Werthpapiere bis zum 30. Juni festgelegt.

Die Deputirtenkammer zog den Antrag der Republikaner, die allgemeine Militärdienstpflicht einzuführen, in Erwägung.

Bemerkenswerth ist, daß die Meldung von den Militärischen Gedanken der Königin-Regentin aus Madrid nicht dementirt wird. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 22. Juni. (W. H.) Der Staatsanwalt und der Präsident des Appellhofes haben beim Präsidenten Faure ein Gnadenersuchen zur Umänderung des vorgelegten gegen den Anarchisten Etivat verhängten Todesurtheils eingereicht.

Paris, 22. Juni. (W. H.) Präsident Faure ersuchte Peytral, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Peytral erbat sich bis morgen Nachmittag Zeit zur Antwort.

Rom, 22. Juni. (W. H.) Dem Vernehmen nach sind die Verhandlungen zwischen Italien und Argentinien betreffend einen ständigen Schiedsgerichtsvertrag zu einem günstigen Abschluß gelangt.

Barcelona, 22. Juni. (W. H.) Die Lage der hiesigen Arbeiter verschlimmert sich. In der Provinz sind 17 000 Arbeiter ohne Beschäftigung. Es wird befürchtet, daß die Fabriken im Juli schließen werden.

Die Kandidaten unserer Partei zu den Stichwahlen in Berlin und dem Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg sind:

1. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Redakteur **Hugo Poetsch** in Berlin.
2. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Richard Fischer in Berlin, Krenzberg-Str. 25.
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Rechtsanwalt **Wolfgang Heine** in Berlin.
5. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Redakteur **Robert Schmidt** in Berlin.
Reichstags-Wahlkreis
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg:
Gastwirth **Fritz Zubeil** in Berlin.

An die Wähler des 2. Wahlkreises.

Der Ausfall der Wahl vom 16. Juni ist in unserem Wahlkreise hauptsächlich dem Umstande geschuldet, daß tausende von Arbeitern ihre Wahlpflicht nicht erfüllt haben. Mehr als 22 000 Wähler haben ihr Stimmrecht nicht ausgeübt. Wollen wir am Freitag die vereinigten Gegner überwinden, so müssen wir unsere Agitation vor allem dahin richten, diese säumigen Wähler zur Wahlurne zu bringen und zur Stimmabgabe für den sozialdemokratischen Kandidaten zu veranlassen.

Es ist deshalb Pflicht jedes Arbeiters, jedes Genossen, bis zum Tage der Wahl seine Arbeitskollegen überall, wo sich Gelegenheit bietet, in der Wohnung, am Bierisch, in der Werkstatt u. s. w., auf die Nothwendigkeit der Stimmabgabe aufmerksam zu machen.

Desgleichen müssen wir am Wahltag zu den Wahlarbeiten eine größere Anzahl von Genossen zur Verfügung haben, als dies am 16. Juni der Fall war. Alle fünf Jahre einen halben Arbeitstag der Partei, d. h. seiner eigenen Sache, zu widmen, das ist ein Opfer, das man wahrlich jedem Genossen zumuthen darf. Mit dem Versammlungsbefuch, mit der Stimmzettelführung allein ist es nicht gethan. Was die Gegner an Geld, an sozialem Einfluß, an ihrer alten kommunalen Organisation voraus haben, das müssen wir durch Begeisterung, Opfermuth und arbeitsfreudige Hingabe für unsere eigenen Klasseninteressen ausgleichen.

Wieder galt Berlin als die sozialdemokratische Hauptstadt des Reiches. Der 16. Juni hat die Berliner Sozialdemokratie und unseren Kreis nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben gesehen. Wir müssen unsere Ehre dafür einsetzen, wenigstens bei der Stichwahl es an Stimmzunahme und Sieg über die übrigen deutschen Arbeiterpartei gleichzutun. Schon jubeln die Gegner; der Umstand, daß der freisinnige Kandidat mehr Stimmen erhielt als 1893, während die sozialdemokratischen Stimmen um ein paar Hundert zurückgingen, scheint ihrer Siegesbewußtheit recht zu geben. Wenn wir auch wissen, daß diesmal die Nationalliberalen mit ihren 3000 Stimmen gleich im ersten Wahlgang für den Freisinnigen eintreten (so daß dieser eigentlich 1500 Stimmen weniger erhielt als 1893), so dürfen wir uns nicht verhehlen, daß diesmal der Sieg uns viel schwerer gemacht wird, weil die Konservativen nach dem Wunsche der Regierung bei der Stichwahl für den Freisinnigen eintreten.

Dadurch wird für die Arbeiter aber auch die Situation noch viel klarer:

Hier der der Regierung angenehme Kandidat der Ausbeuterpartei: Kreitzing.

dort der der Regierung verhasste Kandidat der Klassenbewussten Arbeiterschaft: R. Fischer.

Arbeiter, Parteigenossen! Wir hoffen, dieser Appell an Euer Pflichtgefühl, an Euer Parteibewußtsein werde Euch zu energischer Vorarbeit zu den Stichwahlen veranlassen. Jede Minute muß ausgenutzt werden, denn der Kampf wird diesmal ein schwerer werden. Thue jeder Arbeiter seine Pflicht.

Wir brauchen Hilfskräfte! Stellt Euch der Partei zur Verfügung und findet Euch morgen am Wahltag in folgenden Lokalen pünktlich ein:

B. Müller, Gräfestr. 8.	Sch, Margrafstr. 102.
Schönheim, Gräfestr. 31.	Zubeil, Lindenstr. 108.
Geiswald, Schönleinstr. 8.	Kling, Wellenlancestr. 74.
Raumann, Wäckerstr. 42.	Kaller, Wallstr. 10.
Lindemann, Moritzstr. 9.	Werner, Wilowstr. 59.

Mit Parteigrüß
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.
J. A. S. Werner, Wilowstr. 59.

Partei-Nachrichten.

Aus Solingen. Die Hoffnung Schumacher's und seiner Anhänger, bei der Reichstagswahl über den Kandidaten der Partei zu siegen, ist bekanntlich schlagartig gescheitert. Der Parteikandidat Scheidemann erhielt die Mehrheit der sozialistischen Stimmen und kommt mit dem freisinnigen Sabin in die Stichwahl. Das spezielle amtliche Resultat liegt uns noch nicht vor. Nach den bisherigen vorläufigen Mittheilungen hatte Scheidemann 6349, Sabin 5898, Schumacher 5499 und der Centrumskandidat Wühr 4942 Stimmen erhalten. Der Wahlausgang der Centrumspartei hat nun beschlossen, bei der Stichwahl für Sabin einzutreten. Soll also der Kreis Solingen der Sozialdemokratie erhalten bleiben, so muß die Schumacher'sche Richtung geschlossen für Scheidemann stimmen.

Wie stellen sich nun die Anhänger Schumacher's zur Stichwahl? In einer Versammlung derselben am Montag erklärte der Vorsitzende Heßner und einige andere Redner, für den bürgerlichen Kandidaten Sabin eintreten zu wollen. Einigen unserer Parteigenossen, die zu gunsten Scheidemann's sprechen wollten, wurde das Wort verweigert. Angenommen wurde folgende Resolution:

„Die heute, am 20. Juni, in der „Schönenburg“ zu Solingen tagende, von zahlreichen Anhängern des früheren Reichstags-Abgeordneten Georg Schumacher besuchte Versammlung erklärt, nur dann für den Reichstagskandidaten W. Scheidemann einzutreten, wenn die Erfüllung folgender Bedingungen durch ein

schriftliches Versprechen seitens der betheiligten maßgebenden Personen vollständig garantiert wird, so zwar, daß dieselben auch in kürzester Frist erfüllt sind.

1. Der Parteivorstand muß die gegen Schumacher wissentlich falschen erhobenen Beschuldigungen öffentlich zurücknehmen;
2. der Parteivorstand verpflichtet sich, die erste ihm zur Verfügung stehende Reichstagskandidatur Schumacher anzubieten;
3. der Parteivorstand hat innerhalb 6 Monaten den Beschluß betreffs Uebnahme der „Vergütigen Arbeiterstimme“ seitens der Gesamtpartei in Form einer offenen Handelsgesellschaft durchzuführen;
4. der Kandidat Scheidemann giebt schriftlich das Versprechen, daß, wenn er gewählt wird, und der Hamburger Beschluß in sechs Monaten nicht ausgeführt, derselbe sein Mandat niederlegt;
5. die „Vergütigen Arbeiterstimme“ und der „Vorwärts“ haben die in ihren Nummern, und das Central-Wahlkomitee die in den von ihm herausgegebenen Flugblättern gegen Schumacher erhobenen Beschuldigungen rückhaltlos zurückzunehmen, und zwar in sämtlichen Solinger Zeitungen bis Mittwoch, den 22. Juni cr.;
6. die Genossenschaftsdruckerei nennt unserm Wahlkomitee den Verfasser des schmachvollen, in letzter Stunde herausgegebenen Flugblattes, um denselben event. zur Verantwortung ziehen zu können;
7. sind diese Bedingungen erfüllt, so hat unser Wahlkomitee durch ein Flugblatt mit seiner Namensunterschrift für die Wahl Scheidemann's einzutreten und aufzufordern;
8. werden diese Bedingungen nicht erfüllt, so ist es den Anhängern Schumacher's nicht möglich, für die Kandidatur Scheidemann's einzutreten.“

In einer Versammlung am Dienstag, die von ca. 1500 Personen besucht war, nannte Liebknecht diese Forderungen mit recht baren Rufsin.

Der Unmut ist aber zu groß, als daß ihm etwas anderes als die wohlwollende Absicht zu Grunde liegen könnte, unter der falschen Flagge der Vernunft auf angeblich erlittenes Unrecht den Kreis Solingen dem Gegner auszuliefern. Heßner und andere Anhänger Schumacher's waren wenigstens so ehrlich, gleich zu sagen, daß sie für Sabin stimmen wollten. Die Forderungen, gestellt angesichts einer die ganze Nation auf sich erregenden Wahlbewegung gegen das System Stumm-Pasadowitz, sind weiter nichts als der maskirte taktische Verrath der Partei-Interessen.

Die Väter dieser schimpflichen Taktik werden aber mit ihr am Tage der Stichwahl ebenso Schiffbruch leiden, wie Schumacher selbst am Tage der Hauptwahl sich als ein vom Wind verlassener Spieler erkaufen haben wird. Hat schon am 16. Juni die Mehrheit der sozialistischen Wähler Solingens gezeigt, daß sie der Schumacher'schen Querschnittsmeinung müde ist, so wird der größte Theil dazuer, die damals noch für Schumacher stimmten, sich es zweimal überlegen, die 30 Jahre lang hochgehaltenen Interessen des Klassenbewußten Proletariats einzelnen Fanatikern zu Liebe preiszugeben und das Reichstagsmandat des Kreises Solingen, das seit einem Menschenalter fast ununterbrochen im Besitz der Arbeiter gewesen ist, an den gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Gegner auszuliefern.

Schweizerische Parteipresse. Als Redakteur der Züricher „Arbeiterstimme“ wurde vom schweizerischen Gewerkschaftsbunde durch Abstimmung Dr. Heinrich Schmidt in Bern gewählt.

Politikalisches, Gerichtliches u.

— Die „Königsberger Volkszeitung“ hatte mitgetheilt, daß die Regierung zwei Kreuzer, die von der Liste der Kriegsschiffe gestrichen seien, zum Frühjahr wieder in Dienst stellen werde, und zwar eins als Präsekreuzer und das andere als Schiffsjongen-schiff. Zu dieser Thatsache war bemerkt, daß man sehen könne, wie das Volk hinter die Fassade der Wahrheit blickt, wenn die Schiffe für unbrauchbar erklärt, wenn aber neue Schiffe bewilligt seien, seien auch die alten Schiffe brauchbar. Das Verhalten der Regierung in dieser Angelegenheit war dann noch mit einem recht kräftigen Ausdruck bezeichnet worden. Durch die Notiz sollte der verantwortliche Redakteur Wilhelm Kalkutt Staatsbehörden beleidigt und Staatsanwaltschaften verächtlich gemacht haben. Das Landgericht erlosch aber auf kostenlose Freisprechung, weil die Einstellung von Kriegsschiffen keine Staatsanwaltschaft, oder obrigkeitliche Anordnung, sondern lediglich eine Verwaltungsmaßregel sei.

— Wegen Beleidigung des früheren Bürgermeisters Seitz in Siedenheim und des dortigen Rathschreibers Sauer wurde der Redakteur der Mannheimer „Volksstimme“, Genosse Jaech, zu 100 M. Geldstrafe oder 14 Tagen Haft verurtheilt. Es handelte sich um eine Korrespondenz aus Siedenheim, worin den beiden Klägern vorgeworfen war, sie hätten in nationalliberalem Interesse ihr Amt parteiisch geführt. Der Wahrheitsbeweis gelang nicht in allen Punkten, weshalb Verurtheilung erfolgte.

Gewerkschaftliches.

Töpfer Verlust und Ungeduld. Den Kollegen zur Kenntnissnahme, daß vom heutigen Tage Formulare zur Einzeichnung in die Wählerlisten zur Gewerkschaftswahl in unserem Arbeitsnachweis Rosenhallerstr. 57 in Empfang zu nehmen sind, auch werden in den Abendstunden von 6—8 die Formulare dafolbst ausgehrieben und übernimmt auf Wunsch der Vorstand alsdann die Anmeldung zu den Wählerlisten. Der Fikialvorstand.

Deutsches Reich.

Möbelschleifer, Achtung! In England planen die Unternehmer die Vernichtung der Trade-Unions der Tischler und Zimmerleute und haben zunächst den Kampf gegen die Möbelschleifer eröffnet, indem sie in Glasgow, Manchester, Birmingham dieselben ausperren. In Glasgow sind 900 Möbelschleifer im Auslande und die Londoner Unternehmer beabsichtigen, einen allgemeinen Ausschluss im ganzen Bereiche ihres Verbandes herbeizuführen, wenn die Arbeiter sich nicht entschließen, neue Arbeitsbedingungen, welche sich gegen den Trade-Unionismus wenden, anzunehmen. Bedauerlicherweise haben die verschiedenen Gewerkschaften der Möbelschleifer u. s. w. noch keinen gemeinsamen Verband, stehen den Unternehmern daher ziemlich machtlos gegenüber. Ob der jetzt gefasste Ausschluss, sich zu einem großen Verbände zusammenzuschließen und einen gemeinsamen Streikfonds zu sammeln, noch rechtzeitig durchgeführt werden kann, ist mehr als zweifelhaft. Die englischen Möbelschleifer bitten ihre deutschen Kollegen, keine Arbeit nach dort anzunehmen und die Aussperren wenigstens auf diese Weise zu unterstützen.

Zum Streik in der Lederfabrik von Gebr. Wienacker u. Kitzahn in Schleswig, dessen Ausbruch wir meldeten, hat die Weigerung der Fabrikanten geführt, den schlechtestgestellten Arbeitern ebenfalls eine kleine Aufbesserung zu gewähren, wie sie es auf Anfordern der übrigen Arbeiter gethan, die hauptsächlich um eine Gleichmähigkeit des 25, 20, 27 bis 30 Pf. betragenden Stundenlohns nachgehrt hatten. Die Fabrikanten weigern sich mit der Lohnkommission zu verhandeln. Da 180 organisierte Arbeiter im Kampfe stehen, so bitten die Ausständigen um Unterstützung und Fernhaltung des Zugangs. Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Tausend Väter- und Arbeiter haben in Hamburg, Altona und Wandsbek die Arbeit niedergelegt. Weitere Väter- und Arbeiter haben bis jetzt noch nicht bewilligt. Der Kampf dürfte ein sehr heißer werden. Bezug ist vor allem ferngehalten.

Zum Zwickauer Bergarbeiter-Streik wird uns vom 21. Juni von dort geschrieben: Das von den streikenden Bergarbeitern angeregte Berg- und Schiedsgericht hielt am Montag in dieser Angelegenheit eine Sitzung ab, die nichts entschied, da die Verhandlungen der betroffenen Werke sich verzögerten, mit den Arbeitern zu verhandeln und absolut gar nichts gewähren wollten. Nach angehörtem Bericht der vor dem Berg- und Schiedsgericht gewesenen Kommission beschloß deshalb heute früh eine sehr hart besuchte Bergarbeiter-Versammlung, vorbehaltlich aller weiteren Entschlüsse und Verhandlungen mit den Werken, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Kampf war, da der Ausstand selbst auf den betroffenen Werken kein allgemeiner wurde und keine Mittel zur Unterstützung vorhanden sind, vor der Hand ein aussichtsloser. Die Herren haben ihre Humanität gegenüber den sich freiwillig wieder zur Arbeit Meldenden im Laufe des Tages schon dadurch bewiesen, daß bereits bis zum Abend 60 Mann von beiden Werken — Gräbenberg und Erzgebirgischer Verein — ihre Absicht erhalten haben, darunter auch einige Knappschafts-Vorstands- und Arbeiterausschuß-Mitglieder. Auf dem Gräbenberg liegen überhaupt die Obersteiger heute gar keinen von den Streikenden anfahren. Unter den Gemahregelten befinden sich viele Familienväter. Etwaige Sendungen sind an Ernst Badmer, Konsum-Restaurant Schadowitz, zu richten.

Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht. Der Tischlerstreik in Hof ist nahezu beendet, da die Forderungen seitens fast sämtlicher Meister bewilligt wurden. — Auch der Münchener Tischlerstreik ist nun definitiv beigelegt.

In München sind die Handhuhmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre geringe Mehrforderung an Lohn wurde abgelehnt und haben sie dann beschlossen, in den Streik einzutreten.

Die Zünftiger Zimmerer und Maurer, von denen erstere im Streik sind, haben sich an das Gewerbegericht als Einigungsamt gewendet. Der Baugewerbeverein hat darauf die Gewerkschaft ausgeprochen, mit der Lohnkommission der Arbeiter unter der Leitung des Gewerbegerichts-Vorsitzenden eine Besprechung abzuhalten.

Ausland.

Aus der Schweiz. In Solothurn errangen die Dachbedeker den Bestandsentwurf, 4.80 Fr. täglichen Minimallohn, Abschaffung der Sonntagsarbeit, Lohnzuschlag von 30 pCt. für Ueberzeitarbeit, Abschaffung des Kost- und Logiszwanges beim Meister, 1 Stunde früher Feierabend am Sonntage, 14tägige Lohnzahlung und Zuschlag von 60 Cts. bei Arbeiten, die weiter als eine Stunde von der Stadt entfernt sind. — Die Friseurgehilfen in Chur erreichten: Lebenslohn an Sonntagen um 12 Uhr mittags in den Sommermonaten, Geschäftslohn an den Wochentagen abends 8 1/2 Uhr, jede Woche einen Nachmittag von 1 bis 6 Uhr frei und völliger Geschäftslohn an fünf hohen Feiertagen. Sämtliche Friseurgehilfen in Chur sind organisiert. — Die Zimmerer in Gersau errangen durch ihren Streik mehrere Verbesserungen, die Hilfsarbeiter der Stahlfabrik von Fischer in Schaffhausen eine Lohnerhöhung von 10—15 pCt. — In Genf hat eine Versammlung von 600 Schreibern beschlossen, die Arbeit niederzulegen, wenn die Meister nicht 60 Cts. Stundenlohn bewilligen. — Die Spengler in Freiburg und Zürich stehen in einer Lohnbewegung. Erfreut fordern Verkürzung der Arbeitszeit und Abreglung des Lohnzuzugs. Die Züricher Spengler verlangen hauptsächlich eine bessere Entschädigung auswärtiger Arbeiten und die endliche Abschaffung der schwarzen Listen.

Ueber einen Arbeiterstreik auf den Gütern des Fürsten Ferdinand v. Bulgarien wird aus Sofia vom 21. d. M. gemeldet: „Großes Aufsehen macht hier die von oppositionellen Blättern gebrauchte Meldung, daß auf den beiden großen Landgütern des Fürsten Ferdinand in Ostrumelien sämtliche Landarbeiter infolge schlechter Behandlung und geringer Löhnung die Arbeit einstellen. Das Regierungsblatt erklärt, es handle sich hierbei um das Werk einiger dem Fürsten persönlich feindselig gestimmter Abgeordneter; doch seien genügende militärische Kräfte vorhanden, um jede Ausschreitung der Streikenden zu verhindern.“ — Die genügenden „militärischen Kräfte“ sind überall das beliebteste Mittel gegen unzufriedene Arbeiter.

Aus Merthyr (Süd-Wales) wird unterm 22. Juni berichtet: In der vergangenen Nacht kam es in Abhymey Valley zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Minenarbeitern, welche gegen nicht anständige Kameraden eine Kundgebung veranstalteten. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter ein Führer der Minenarbeiter. Von Pontypriid aus ist Kavallerie an Ort und Stelle entsendet worden.

Wahlbefragungen.

Das Gesamtergebnis der Wahl

stellt sich nach den einzelnen Landesbeurtheilungen wie folgt:

	Abgeordnete	Gewählt	Stichwahl
Provinz Ostpreußen	17	13	4
„ Westpreußen	13	9	4
„ Berlin	6	2	4
„ Brandenburg	20	6	15
„ Pommern	14	10	4
„ Bosen	15	12	3
„ Schlesien	35	20	15
„ Sachsen	20	7	13
„ Schleswig-Holstein	10	5	5
„ Hannover	19	2	17
„ Westfalen	17	8	9
„ Hessen-Nassau	14	8	6
„ Rheinprovinz	35	26	9
Hohenzollern	1	1	—
Bayern	48	31	17
Sachsen	23	14	9
Württemberg	17	6	11
Raden	14	3	11
Hessen	9	3	6
Mecklenburg-Schwerin	6	1	5
Sachsen-Weimar	3	—	3
Mecklenburg-Strelitz	1	1	—
Oldenburg	3	1	2
Brandenburg	3	1	2
Sachsen-Meiningen	2	1	1
Sachsen-Altenburg	1	1	—
Sachsen-Coburg-Gotha	2	1	1
Anhalt	2	—	2
Schwarzburg-Rudolstadt	1	—	1
Schwarzburg-Sondershausen	1	—	1
Waldeck	1	—	1
Reuß a. L.	1	1	—
Reuß j. L.	1	1	—
Schwarzburg-Rippe	1	—	1
Rippe-Deimold	1	—	1
Limburg	1	1	—
Bremen	1	1	—
Hamburg	3	3	—
Elb-Verdringen	15	12	3
Summa:	397	211	186

Der sozialdemokratische Wahlsieg in Zentrumsbeurteilung.

Die „Königliche Volkszeitung“ schreibt in einem besonderen Artikel u. a.:

„Die Sozialdemokraten haben bei den Reichstagswahlen im ersten Ansturm 32 Mandate erobert und stehen noch in 101 Wahlkreisen zur Stichwahl. Somit ist in 133 Wahlkreisen, d. h. mehr als

nicht Mittel, die Sozialdemokratie die stärkste oder zweitstärkste Partei. Wir brauchen gar nicht die Gesamtsumme der für sie abgegebenen Stimmen abzuwarten, um von einem bedeutenden Anwachsen der Partei zu sprechen. Die Zahlen, die da aus so und so vielen Wahlkreisen noch zu Tausenden oder Hunderten zusammengebracht werden, würden uns gar nicht imponieren; aber man muß gefassen, die Partei hat nicht so unrecht, wenn sie mit Selbstbewußtsein auf ihr fortgesetztes Anwachsen hinweist. Wie wird das enden? fragt man sich. Wird einmal ein Stillstand eintreten oder wird die Partei schließlich die Mehrheit bei den Wahlen erlangen? Man sieht nicht, daß es eine natürliche Grenze geben müsse, an der sie endlich Halt machen werde. Sie umspannt immer weitere Kreise. In den Städten insbesondere beschränkt sie sich schon längst nicht mehr auf die Arbeiterkreise, zahlreiche Leute aus dem Mittelstande gehen mit ihr. . . .

Selbst wenn es mit der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie für Staat und Gesellschaft nicht so schlimm stehen sollte, wie meist angenommen wird, so zeugt es doch von belägenwerthen Zuständen im Lande, wenn eine Partei, die den Kampf gegen alles Bestehende auf ihre Fahne geschrieben hat, solchen Zulauf findet. Es muß unbedingt etwas nicht in Ordnung sein.

Die Scharfmacher werden natürlich sofort sagen, es müßten Repressivmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie ergriffen werden. Bei den Stichwahlen wird die Sammlung gegen die Sozialdemokratie, von der so viel geredet worden ist, ja wohl Thatfache werden. Aber ist die Sozialdemokratie damit aus der Welt geschafft? Nicht um einen einzigen vermindert sich dadurch die Zahl der am 16. Juni abgegebenen sozialdemokratischen Stimmzetteln und der Leute, welche diese Zettel abgegeben haben. Die Sozialdemokratie bleibt gleich stark, auch wenn sie keinen einzigen Abgeordneten mehr durchbringt. Also mit dieser „Sammlung“ ist gar nichts gethan.

Ebenso wenig ist etwas ausgerichtet mit allerlei Polizeimaßregeln, die der Sozialdemokratie die Freiheit der Bewegung nehmen sollen. Wer davon etwas erwartet, geht von der grundfalschen Ansicht aus, daß die Sozialdemokratie das Produkt einiger schlechter Menschen, einiger Agitatoren und Geher sei. Agitatoren und Geher haben noch niemals dauernd Erfolg gehabt, wenn der Boden, auf dem sie arbeiteten, nicht gut vorbereitet war. Wären die Verhältnisse in der Arbeiterkraft und beim kleinen Manne so, daß er zufriedener sein könnte, so könnten die Agitatoren lange reden, sie würden wenig ausrichten. Nur ein Häuflein geborener Analekler würde ihnen nachlaufen, die Masse nicht. Darum ist gegen die Sozialdemokratie nur etwas auszurichten, wenn die Zustände, die zur Unzufriedenheit Anlaß geben, gebessert werden. Die Behauptung, daß bereits alles vortrefflich sei, findet keinen Boden. Nun wird gern erwidert, aber alle Sozialreform habe ja nichts genützt, die Sozialdemokratie schreite doch vor; sie bemühe sogar die Reformen, um Propaganda zu machen. Zunächst leistet es ihr doch wohl die meisten Dienste, daß die Reform überhaupt stehen bleibt. Niemand hat den Agitatoren willkommenen und wirksameren Stoff geliefert, als die erbitterten Gegner der Sozialreform. Statt also diese anzuklagen, sollten sie sich lieber fragen, ob nicht mehr gegen die Sozialdemokratie ausgerichtet worden wäre, wenn man energischer weitergearbeitet hätte. Man dürfte sich von vornherein nicht dem Glauben hingeben, mit einigen Reformmaßnahmen die Massen der Sozialdemokratie binnen kurzem abspülen zu machen. Man muß einmal viel Geduld haben, und vor allem muß man ganze Arbeit machen. Alle Halbheit erregt schließlich nur Enttäuschung und Unzufriedenheit. Selbst abgesehen davon, daß die soziale Gerechtigkeit eine viel gründlichere Sozialreform erfordert, als sie bisher geleistet worden ist, muß man schon aus Mangel an Fortschritt. Je weniger Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist, um so weniger können die Agitatoren ausrichten. . . .

Fahren wir mit der Reform fort, so wird auch die Partei mit der Mauerung fortfahren. Oder was für ein Mittel weiß man denn sonst, um diesem Anwachsen der Sozialdemokratie entgegen zu wirken? Gewalt hilft nicht. Wer also Reformen nicht will, möge ein anderes Mittel angeben. Oder soll sich die Gesellschaft der Sozialdemokratie gegenüber bereits für bankrott erklären? Die Scharfmacherei ist im Grunde schon eine Bankrotterklärung. —

Das Zentrum,

das am Schluß der letzten Legislaturperiode 98 Mitglieder zählte, hat bei der Hauptwahl 85 durchgesetzt. Ueber das Wahlergebnis giebt die „Kölnische Volks-Zeitung“ die folgende Zusammenfassung: „Von den gewonnenen Mandaten wurden vier, nämlich Alfenstein-Wöfel, Reichenbach-Neurode, Essen und Kelm, neu erobert. Verloren wurde nur ein Mandat, das für Deggenhofen. 16 von seinen früheren Mandaten hat es in der Stichwahl zu verteidigen, nämlich (wie folgen in Klammern die Parteibezeichnungen hingen): Vieselsfeld - Wiedenbrunn (S. o.), Bochum (nat. lib.), Köln (S. o.), Düsseldorf (S. o.), Regensburg (Bauernbund), Nordheim (nat. lib.), Kronach (S. o.), Neustadt an der Saale (Bauernbund), Schweinfurt (Bauernbund), Würzburg (S. o.), Jümmersdorf (nat. lib.), Constanz (nat. lib.), Kreisau i. B. (nat. lib.), Ettenheim-Zahr (nat. lib.), Offenbach-Schl. (nat. lib.) und Mainz (S. o.). 19 mal kommt das Zentrum sodann in Stichwahl in Wahlkreisen, die es bisher nicht besaß, wenigstens in der letzten Legislaturperiode nicht, nämlich in Danzig - Land (S. o.), Deutschkrone (Bp.), Braunsdorf (Bp.), Hamm - Soest (nat. lib.), Höchst - Alingen (S. o.), Diez - Limburg (Bund d. L.), Duisburg - Mülheim (nat. lib.), Wehlar - Alenkirchen (nat. lib.), Kreuznach (nat. lib.), Saarbrücken (nat. lib.), Ottweiler - St. Wendel (Bp.) Landau (nat. lib.), Gernersheim (nat. lib.), Zweibrücken (nat. lib.), Balingen-Postweiler (S. o.), Donaueschingen (nat. lib.), Weiskopf (nat. lib.), Seidenberg (nat. lib.), Bretten (Bund d. L.). Somit ist das Zentrum an zusammen 35 Stichwahlen beteiligt. (Die Stichwahl in Oppeln rechnen wir nicht, weil sich dort zwei Zentrumskandidaten gegenüberstehen, der sich also schon gewonnen ist.) Es unterliegt wohl nicht dem mindesten Zweifel, daß es in diesen Stichwahlen noch so viel Mandate erobern wird, um wenigstens in alter Stärke wiederzufahren; braucht es dazu doch nur mehr 13. Wahrscheinlich wird es etwas verstärkt zurückkehren. —

Aus dem Fürstenthum Kärnten.

Aus Oels wird berichtet: Im hiesigen Wahlbezirk passierte es trotz größter Vorsicht und Aufmerksamkeit bei Eingehung der Stimmzettel vor der Thür des Wahllokals, daß einige Wähler, wie am Schluß des Wahlakts konstatiert wurde, nicht Kärntnerische Zettel in die Urne geworfen hatten. Dies war nur möglich, wie der betreffende Gutsherr sehr richtig schloß, daß besagte Wähler die nicht-Kärntnerischen Stimmzettel in der Westentasche mitgebracht und diese dann anstatt der Kärntnerischen in die Urne geworfen hatten. „Na, soll mir nicht mehr vorkommen bei zukünftigen Wahlen“, sagte der Junker auf und zu Hiesel. „Nächstes Mal laß ich die Kerle nach antreten zur Wahl.“ Probatur est.

Und dabei ist das Mandat des Herrn v. Kärntner mit bloß 2 Stimmen Mehrheit aus der Wahlurne hervorgegangen. Wie viel Zeit wird die Wahlprüfungscommission des Reichstages benötigen, um dieses Mandat für ungültig zu erklären. —

Große Verblüffung

herfachte unter den „Gutgesinnten“ des kleinen Ortes Mahlfuß bei dem Hüttenwerf Zangerhütte im Kreise Stendal, als am 16. Juni das Ergebnis der Reichstagswahl festgestellt war. Von 44 Wählern — die Gesamtzahl der Wahlberechtigten betrug 49 — hatten 12 für den 77. sozialdemokratischen Kandidaten Richter gestimmt. Noch an demselben Tage kündigte der Ortsvorstand einem Guttenarbeiter die der Gemeinde gehörige Wohnung. Den Haupttrumpf spielte aber am folgenden Tage ein noch nicht wahlberechtigter Bauernhofbesitzer aus, indem er einer Arbeiterfrau die Auhung von einem Morgen Wiesenland schenkte, weil ihr Mann so gut gewählt hätte. Unter „gut wählen“ versteht dieses auch in der Politik noch ganz gelene Vornehmlein die Abstimmung für den Nationalliberalen Hofang. O sancta simplicitas!

In den Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Konservativen.

Die Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Konservativen, wie sie z. B. im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, im Halleschen und im Jell-Weichenfeldeischen Wahlkreise stattgefunden haben, erinnern lebhaft an die Reichstagswahl in Essen im Jahre 1897. Hier stand in der engeren Wahl ebenfalls ein Sozialdemokrat einem Konservativen gegenüber. In der Hauptwahl am 31. August hatten Stimmen erhalten:

Der Sozialdemokrat Hasenclever	1733
Der Kandidat der Liberalen Waldeck	1184
Der Zentrumskandidat Krebs	1829
Der konservative Landrat Devens	2140

Da erließ das Wahlkomitee der liberalen Partei, welche in der Hauptwahl für Waldeck gestimmt hatte, unter Zustimmung Waldeck's einstimmig folgende Erklärung in der „Essener Zeitung“:

„Die heutige Verammlung derjenigen Mitglieder der liberalen Partei, welche für den Oberbürgermeister Dr. Waldeck gestimmt haben, beschloß einstimmig folgende Erklärung:

Parteienoffen!

Waldeck ist in der Wahl vom 31. August gefallen, unsere Sache aber hat gestimmt. Der Regierungs-Kandidat ist mit 4246 gegen 2140 Stimmen geschlagen, und nur deshalb triumphieren wir nicht vollständig, weil die Stimmen der Volkspartei sich auf Waldeck, Krebs und Hasenclever zersplittert haben.

Sichern wir uns bei der engeren Wahl den vollständigen Sieg, indem wir nochmals gegen den Regierungs-Kandidaten stimmen.

Hasenclever, der Kandidat der Arbeiter, steht in allen Fragen der inneren und äußeren Politik mit uns auf demselben Boden; er hat sich verpflichtet, in allen diesen Fragen mit der entschiedenen liberalen Partei zu gehen. Darauf kommt es den Aufgeboten des Reichstages gegenüber an. Sein Standpunkt zur sozialen Frage ist Nebenfrage, und unter dieser Nebenfrage darf nimmermehr unser Parteinteressen leiden.

Wir stimmen am Tage der engeren Wahl, Sonnabend, den 7. d. M. für Hasenclever, nur gegen den Landrat, gegen die Reaktion zu stimmen.

Diese Erklärung wird hiermit veröffentlicht. Essen, den 4. September 1897.

Das Komitee.

Die Lage ist heute in allen den Wahlkreisen, in denen ein Konservativer mit einem Sozialdemokraten zur engeren Wahl steht, genau dieselbe, und wenn die Mitglieder der freisinnigen Volkspartei dem freisinnigen Geiste Waldeck's treu geblieben sind, so müssen sie, wie dessen Wähler 1897 in Essen, für den Sozialdemokraten stimmen, wenn auch der konservative Kandidat diesmal kein Landrat, sondern ein Superintendent a. D. ist. Sie wissen ja auch, daß im umgekehrten Falle die Sozialdemokraten Mann für Mann für den freisinnigen Kandidaten stimmen, selbst wenn dieser ihnen persönlich ein sehr unliebsamer Mann ist. Wenn das „Berliner Tageblatt“ ungeschicklich ist, ob es bei den Stichwahlen sich zur Verhöhnung der Sozialdemokratie an die Seite der Sammler stellen soll, die, wie offenkundig ist, bereit sind, an der Vereinfachung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts mitzuwirken, so müssen wir doch erwidern, daß das „Berliner Tageblatt“ nicht immer in der Wahrung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts so lau war. In seinem Leitartikel vom 16. Januar 1897 schrieb es:

„Darüber täusche sich doch niemand, daß, wenn die Wahlen zu gunsten der Reaktion ausfallen, das allgemeine Wahlrecht als erstes Opfer dahinsinken wird. Daß die Regierung und die Konservativen diesem Grundrecht des deutschen Volkes je eher je lieber ein Ende machen wollen, wissen wir, und die Nationalliberalen werden sich eine Ehre daraus machen, als Todtengräber zu fungieren. Bedroht ist, wie wir gleichfalls wissen, das Budgetrecht des Reichstages, seine alljährliche Einberufung und Etatberatung, seine Existenz selbst; denn er soll durch eine ständig gegliederte Interessenvetretung ersetzt werden, wie sie schon längst dem Reichsanwalt und den Konservativen als Ideal vorliegt. Bedroht ist die Redefreiheit der Abgeordneten, die Pressefreiheit, oder das, was man bei uns so nennt, kurz alles, was Freiheit gewährt und verbürgt, ist in Frage gestellt und gefährdet, wenn erst der Grundpfeiler des allgemeinen Wahlrechts niedergelegt ist. Aber noch steht der Pfeiler aufrecht. Noch ragt über uns das Palladium der Verfassung, an dem man sich nicht zu vergreifen wagt, so lange das Volk es nicht selbst preisgegeben hat. In den bevorstehenden Wahlen, so hofft man, soll es diese Preisgebung ausprechen. Das allgemeine Wahlrecht soll selbst dazu dienen, das allgemeine Wahlrecht zu vernichten. Das Volk soll selbst seine Abkündigung unterschreiben. Es soll sich für unmündig erklären, für unwürdig seiner Rechte und Freiheiten, für unfähig, sich durch eine Volksvertretung nach seinem Willen an der Leitung seiner Geschichte zu betheiligen. Wenn das deutsche Volk das thäte, dann würde es sich freiwillig der Meise anstellen — der Meise für die Diktatur, jener Meise, die das französische Volk zweimal in furchtbare Katastrophen gestürzt hat.“

Werden die Parteifreunde des „Berl. Tagebl.“ ihr Wahlrecht auch heute noch so hoch schätzen, wie es das „Berl. Tagebl.“ vor zehn Jahren gethan hat, und werden sie, wie einst die Wähler Waldeck's unter dessen Zustimmung zur Erhaltung dieses höchsten Wahlrechtes auch jetzt noch bei der Stichwahl einem Sozialdemokraten gegen einen Konservativen ihre Stimme geben?

Aus Merseburg

wird uns geschrieben: Die Wahl hat uns leider nicht den Sieg, aber einen schönen Stimmenzuwachs gebracht. Nach dem amtlichen Resultat hat Neubach (agraris-konservativ) 10 476, Richter (freisinnige Volkspartei) 6572 und unser Genosse Wittag 6275 Stimmen erhalten. 6 Stimmen sind zersplittert. Bei der Wahl im Jahre 1893 bekam Neubach 10 630, Richter 8427, Wittag 5002 Stimmen. Die Partei der Broterwerber hat mithin 154, Richter 1855 Stimmen verloren, während wir 1273 Stimmen gewonnen haben. Da der Kreis fast rein ländlich ist, so können wir mit dem Resultat zufrieden sein. Es ist wohl das letzte Mal gewesen, daß wir nicht in die Stichwahl kamen. Wie immer, so hat man auch diesmal mit unerlaubten Mitteln gegen uns gearbeitet. In Reunart wurden unseren Genossen die Flugblätter vom Gendarm weggenommen. Dieser verbot ihnen auch die Flugblattverbreitung in seinem Bezirk und verfolgte unsere Genossen bis Replendorf. Der Oberinspektor in einem Dorfe nahm einen unserer Genossen die Flugblätter weg und schlug sie ihm mehrmals um den Kopf. Alsdann befohl er seinen Leuten, unsere Flugblattvertheiler zum Dorfe hinauszubringen. Dieselben kamen dann auch in ihrem Kadavergehoram diesem Befehl mit Mißgabeln, Knütteln, Schuppen z. bewaffnet, nach und verfolgten unsere Leute. Wenn es nicht zu Thätlichkeiten kam, so ist dies nur dem besonnenen Verhalten unserer Genossen zu danken. Ein großer Theil der Wahlvorsteher aus den Dörfern wies unsere Leute, die vom Wahlkomitee zur Ueberwachung der Wahl gelangt waren, aus dem Wahllokale und erklärte ihnen, wenn sie nicht gingen, würde man sie hinauswerfen. Als unsere Leute ihre Militärpapiere, Steuerzettel und Legitimationen vom Wahlkomitee vorgezeigt, wurde ihnen erwidert, daß genüge nicht. Allgemein hört man daher, es sei unmöglich, daß Neubach die auf ihn gefallenen Stimmen auf reguläre Weise bekommen habe. Ferner wurden in vielen Ortschaften die Arbeiter mit Freibier z. traktirt.

Der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen in Oberschlesien

ist durch folgende Zahlen ersichtlich: Im Jahre 1893 sind bei der Hauptwahl in sämtlichen Wahlkreisen des Regierungsbezirks Oppeln für unsere Partei 4722 Stimmen abgegeben worden, während jetzt schon die Zahl der für unsere Partei abgegebenen Stimmen rund 20 000 beträgt. Das arbeitende Volk Oberschlesiens beginnt zu erwachen!

Rache für die ober-schlesischen Wahlen.

Einen geradezu bedrohlichen Umfang nehmen im Industriebezirk die Maßregelungen der Arbeiter an, die sozialdemokratisch gewählt oder sich an der Wahlagitiation betheiligt haben. Die Zahl der bis jetzt auf den verschiedenen Werken Entlassenen beträgt bereits 200—300. Täglich laufen in Königshütte Tausende von Nachrichten über Maßregelungen aus allen Theilen des Industriebezirks sowie aus dem übrigen Oberschlesien ein. Wenn das so weiter geht, werden zahlreiche Familien den Gemeinden zur Last fallen, sodaß also die Kommunen selbst das größte Interesse daran haben, daß dem großen Unfuge der Maßregelungspraxis gesteuert wird. Was sagt ferner der Herr Handelsminister zu den massenhaften auf privaten und fiskalischen Werken vorkommenden Maßregelungen, die der Lage der Sache nach doch nichts weiter sind als Bestrafungen der Arbeiter dafür, daß sie den Versuch gewagt haben, ihr Wahlrecht frei auszuüben? Weiß er nicht, daß die Werke durch diese Art, mit den Arbeitern umzugehen, neue Scharen von Sozialdemokraten geradezu züchten? Weiß er nicht, daß das so gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen in Oberschlesien nur darauf beruht, daß schon bisher die Behandlung der ober-schlesischen Industrie-Arbeiter eine total falsche war? Will er nicht einsehen, daß endlich mit dem alten System der Arbeiterbehandlung in Oberschlesien gebrochen werden muß?

Die Lage wird in der That gefährlich. Die Erregung der vollkommen ungerechtfertigten Entlassenen wächst von Tag zu Tag; das System der schwarzen Listen verschlimmert die Lage der Arbeitslosen und erbittert sie immer mehr, statt daß es sie, wie gewisse Dummköpfe glauben, „lirre“ macht. Schon haben eine Anzahl Entlassener die Kolportage mit sozialdemokratischen Schriften angefangen; sie müssen doch etwas haben, wovon sie einigermaßen leben können. Sind dem Herrn Handelsminister sozialdemokratische Kolportage lieber als Gruben- und Werlarbeiter? Es ist dringend nötig, daß er der blinden Wuth der ober-schlesischen Beamten und Unternehmer, die sich an den sozialdemokratischen Wählern in solcher Weise rächen wollen, so schnell als möglich und so energisch als möglich entgegentritt. Wir selbst können einwillen nichts anderes thun, als die Entlassenen zur Ruhe und zum Abwarten zu ermahnen. Damit ist jedoch nichts gethan; es ist unbedingt erforderlich, daß die Entlassenen wieder eingestellt werden oder zum mindesten das Hinabschicken schwarzer Listen unter schweren Strafen verboten wird. In den Werken haben die Leute ihre besten Kräfte gelassen, belamüht sind ein großer Theil von ihnen so ipso Juvalliden, die auf andern Werken nicht angenommen werden, wenn sie von einem fortgeschickt sind. Sollen sie von nichts oder von den paar Rentenpfennigen leben?

Die Maßregelungspraxis ist der beste Weg, Oberschlesien vollends ganz sozialdemokratisch zu machen. Will man das, dann nur so weiter mit den Entlassungen! — In vielen Fällen — das ist bezeichnend für den christlichen Sinn der ober-schlesischen Geistlichkeit — sind es gerade Geistliche, die die ihnen durch ihre Zuträger bekannt gewordenen sozialdemokratischen Wähler bei den Werksbeamten denunzieren und ihre Entlassung verlangen. Ein Evangelium des Hasses und der Verfolgung, nicht das der Liebe und Varnherzigkeit predigen diese ober-schlesischen Nachfolger Christi in diesen Tagen; die Früchte ihres Treibens haben sie nun geerntet. Das ober-schlesische Unternehmern- und Pfaffenhum hat jetzt die Quittung für all sein Thun und Lassen erhalten. Unschönend genügt sie ihm noch nicht; sonst wäre es nicht zu dieser blinden Verfolgung der Sozialdemokraten durch Maßregelungen nach der Wahl gekommen.

Der Ausfall der Wahl in Sachsen.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ enthält folgende interessante Betrachtung:

Das sächsische Volk hat gesprochen, die Wahlrechtsverklärer haben die rechte Antwort bekommen: Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen ist auf die Sozialdemokratie gefallen.

Bei der Wahl im Jahre 1893 stand das Verhältnis noch wie folgt: 821 781 Stimmen für den gesammten Ordnungsbereich, 270 654 Stimmen für die Sozialdemokratie — 51 127 Stimmen war die sogenannte Ordnung noch stärker wie wir. Und diesmal? Hin rund 29 000 Stimmen sind wir nach den vorliegenden Zusammenstellungen gestiegen, unsere Stimmengzahl beträgt 291 000 rind. Die Stimmen des Ordnungsbereichs verminderten sich um fast 41 000; nur noch knapp 281 000 Wähler fanden sich, die an die Heiligkeit dieser Ordnung glauben.

Die Mehrheit des sächsischen Volkes ist sozialdemokratisch gesinnt! Daran ändert sein noch so lärmendes patriotisches Getöse nichts.

Im 18 000 Stimmen ist das sozialdemokratische Heer stärker wie alle Gegner zusammengezogen. Dabei befinden sich unter diesen Gegnern auch noch die freisinnigen und reformerischen angeblichen Gegner der Wahlrechtsverklärung. Sie sind nicht viel werth — aber wenn man das Wahleresultat prüft auf die Frage, wie hat das sächsische Volk über die Klassenwahl, über das Geldwahlrecht entschieden, dann muß man auf die Seite der Gegner dieses sogenannten Wahlrechts auch noch die Stimmen der Freisinnigen, der Reformen und der Anhänger Wähmers stellen. Dann stellt sich die Rechnung so: Für die Klassenwahl 220 000 Wähler, gegen die Klassenwahl 333 000 Wähler. Die übergroße Mehrheit des sächsischen Volkes hat die Klassenwahl gerichtet. Auf die Dauer wird die Mehrheit das Joch der Minderheit nicht tragen.

Gegen Sozialdemokratie und Zentrum

eifert die „Tägl. Rundschau“, die mit dem Mißerfolg des 16. Juni höchst unzufrieden ist und den konservativen Parteien sächsische und taktische Mißgriffe vorwirft, nämlich, indem sie an einheitlicher Betonung ihrer engen Partei-Interessen und an häßlicher Verschönerung wirtschaftlicher Gegner das menschlichste geleiht haben; taktisch, indem sie vielfach Kandidaten aufstellten, die auch nicht eine Spur von Interesse wackerten. „Der Stempel „konservativ“ zieht allein nicht mehr. Nicht Nimmern, sondern Persönlichkeiten mit Eigenart und Charakter hätten von den nationalen Parteien aufgestellt werden müssen, und zwar dort zu allererst, wo die sozialdemokratische oder ultramontane Hochfluth drängt und draut.“ Zum Beweis dafür, daß es sich hier nicht um politische Kannegießerei, sondern um ein wirklich zutreffendes Urtheil handelt, beruft sich der Kritische auf das Zeugnis eines — konservativen Ministerialrathes, der ihm beim Hassen sein Herz anvertraut habe. Der Mann muß es freilich wissen. Die schwerste Schuld an den unerfreulichen Wahlen aber soll die Regierung treffen, die an die nationalen Parteien kein ernstes Mahnwort gerichtet habe. Nun, wir meinen, die Mineral und Vojadovsky hätten bereits seit dem vorigen Sommer gerade genug geredet; ihr Reden mußte nur nicht, weil das Volk sich durch solche Redensarten nicht mehr betören läßt. Wenn das Volk weiter das heilige Anwachsen der Sozialdemokratie als eine Folge der „schamlosen sozialpolitischen Haltung“ der Regierung und ihres „ungefährdeten Stumpfs gegen den Sozialismus“ hinstellt, so beweist es damit, daß es die Lügengeschichten des Sozialismus auch nicht einmal oberflächlich erkannt hat. Im übrigen aber widerlegt sich der Artikelreiber selbst, indem er am Schluß der Ansicht Ausdruck giebt, daß der neue Reichstag gerade wegen seines sozialdemokratischen und ultramontanen Schwergewichts eine Reihe heilsamer und längst verdienstlicher Anregungen auf sozialpolitischem Gebiete geben wird. Damit ist offen zugefanden, daß die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage eine heilsame ist. Wie darin eine „bleibende Schande für unsere nationalen Parteien und unsere Regierung“ erblickt werden kann, vermögen wir nicht einzusehen, es sei denn, daß das energische Eintreten der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten für soziale Maßnahmen auf die übrigen Parteien und auf die Regierung beschämend wirkt. Wenn der Auspruch der „Tägl. Rundschau“ so gemeint ist, so geben wir ihr recht und freuen uns darüber, daß endlich auch die Gegner die heilsame Wirkung der Sozialdemokratie anerkennen. —

Tokales.

Die auswärtig wohnenden Maurer, Zimmerer und sonstigen Bauarbeiter, welche hier in Berlin in Beschäftigung stehen, sind für den Ausfall der Stichwahlen in den Wahlkreisen der Umgegend von ganz wesentlicher Bedeutung. Ihre Schaar zählt nach Hunderten und Tausenden, und daher liegt es in ihrer Hand, ob die in Betracht kommenden Wahlkreise den Arbeiterfeinden zufallen sollen, den Parteien, die lieber heute als morgen das Stimmrecht, die Freizügigkeit und das bestehende Wahlrecht aufheben möchten, oder ob ein Sozialdemokrat als Vertreter dieser Kreise in den Reichstag einzuziehen soll. Der schweren Verantwortung, welche die auswärtig wohnenden Arbeiter morgen tragen, sollen sie sich vollumfänglich bewusst sein. Möge jeder Parteigenosse auf den Wahlen heute mit aller Energie seine auswärtig wohnenden Kollegen an die Pflicht erinnern, die sie morgen am Stichwahltag zu erfüllen haben. Sorge für jeden dafür, daß keiner der in Betracht kommenden Arbeiter sein Wahlrecht auszuüben verläßt.

Gewählt wird morgen, von dem ersten, zweiten, dritten und fünften Berliner Reichstags-Wahlkreise abgesehen, in den Wahlkreisen Teltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg, Oberbarnim, Potsdam-Osthavelland, Westhavelland-Brandenburg, Königsberg-Neumark, Rauh-Ludowalder, Frankfurt-Lebus, Sorau-Forst und Rottbus-Spremberg.

In allen diesen Wahlkreisen steht ein sozialdemokratischer Kandidat in Stichwahl. Parteigenossen, sorgt dafür, daß uns in diesen Kreisen morgen, als am Tage der Stichwahl keine Stimme verloren geht!

Für den ersten Wahlkreis findet heute Donnerstag Abend eine öffentliche Wähler-Versammlung im Reenpalaß statt. Referent ist Genosse Dr. Deutler, der über das Thema: „Was haben wir von der freisinnigen Volkspartei zu erwarten?“ sprechen wird.

Achtung, Parteigenossen des 1. Wahlkreises! Bei der gestrigen Flugblattverbreitung hat sich herausgestellt, daß das Material nicht ausreichte. Es findet deshalb heute Abend 8 Uhr die weitere Verbreitung für die noch unerledigten Bezirke statt. Die Genossen wollen sich rechtzeitig bei M. R. F. J. L. J. S. 36, einfinden.

Zum Stichwahltag werden noch dringend Parteigenossen zur Hilfe im Kreise Oberbarnim gebraucht. Wer helfen will, muß heute Donnerstag Abend 8 Uhr bei Erbe, Cuvrystr. 25, sein.

Parteigenossen, welche am Donnerstag Abend im dritten Reichstags-Wahlkreis tätig sein wollen und sich nicht schon anderweitig zur Verfügung gestellt haben, werden ersucht, sich abends 6 Uhr bei Friedr. Dresdenerstr. 105, zu melden.

Dritter Wahlkreis. Am heutigen Donnerstag tagen bei Möhring, Admiralsstr. 180, und in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20, Volksversammlungen mit der Tagesordnung: „Die bevorstehenden Stichwahlen.“ Es referieren die Parteigenossen Wolfgang Heine und Dr. S. L. L. Parteigenossen, agitiert für zahlreiche Besuch dieser Versammlungen.

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises, welche in der Lage sind, morgen, am Tage der Stichwahl, in anderen Wahlkreisen helfen zu können, werden ersucht, sich heute an folgenden Stellen zu melden: Franke, Ballhofstr. 9; Jabel, Frankfurter Allee 60; Thiele, Ballhofstr. 52. Die zahlreichste Beteiligung ist notwendig, wenn der Sieg unser werden soll!

Achtung, sechster Wahlkreis! Parteigenossen, welche am Tage der Stichwahl im Frankfurt-Lebus und im Rottbus-Spremerger Kreise helfen wollen, mögen sich heute, Donnerstag Abend 8 Uhr, bei Richte, Hochstr. 32b, einfinden.

Die Mitglieder der Lokalkommission von Berlin und der Umgegend werden ersucht, alle Versammlungen der Lokalliste ihrer Orte resp. Kreise bis spätestens Sonntag, den 26. Juni, an Unterzeichneten einzusenden. Oskar Mahle, Berlin S., Ritterstr. 3, 3. Et.

Aus Anlaß des am Sonntag im Müggelschloßchen zu Friedrichshagen stattfindenden Volksfestes werden die Genossen auf die für Friedrichshagen und Umgegend bestehende Lokalliste aufmerksam gemacht. Dieselbe ist folgende:

Friedrichshagen. Sämtliche Lokale frei, außer Kraag, Kaiserhof, Friedrichstr. 71, und Franz Verhe, Friedrichstr. 81. Lokalkommissions-Mitglied: E. Mertens, Friedrichshagen, Wilhelmstr. 64 b.

Grünau. G. Lindenhahn, Friedrichstr. 1 u. 2. Karolinenhof, Mandel's Wirtshaus. Lokalkommissions-Mitglied: Otto Engel, Grünau, Dahmestr. 8.

Röpenitz. Sämtliche Lokale frei bis auf Restauration Ruhwald, Berlinerstr. 10. B. Schulz, Müggelheimer- u. Marienstraßen-Edel. Rathskeller, Schloßplatz.

Reumühle. O. Weier, Restaurant zur Schenke. Zum Waldschloßchen, Inhaber H. Karlow. Lokalkommissions-Mitglied: F. Wättner, Adlerhof, Hadenbergstr. 17.

Reu-Mahndorf. Kein Lokal frei.

Rahnsdorfer Mühle. B. W. Goldberg, Restaurant. Goldgrube, Müggelgarten.

Rauchfangwerder. Kein Lokal frei.

Die Lokalkommission. J. K.: Oskar Mahle.

Arbeiter-Nachholverein Berlin. Die heutige Versammlung fällt aus, dafür nächsten Donnerstag Hauptversammlung bei Wille, Andreasstr. 26; daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Ein sonderbarer Vertheidiger des Familienlebens und der Erziehung der Kinder durch die Eltern ist Herr Stadt-Schulinspektor J. W. I. der Freisinn-Kandidat im fünften Berliner Kreise. Die Freisinnigen haben in ihren Anpreisungen dieses Herrn hervor, daß er sich nicht nur als Schulmann, sondern auch als Förderer gemeinnütziger Bestrebungen verdient gemacht habe. Nun hat aber Herr J. W. I. der während des Wahlkampfes das Menschenmögliche in der Verwendung des „Zukunftswortings-Staates“ als eines Schrekmittels geleistet und dabei auch das Familienleben und die Kindererziehung als durch die Sozialdemokratie gefährdet hingestellt hat, gerade als Schulmann und bei seinen „gemeinnützigen“ Bestrebungen reichlich Gelegenheit gehabt, die herrlichen Früchte kennen zu lernen, die der Gegenwartstaat für Familie und Erziehung gesetigt hat. Herr J. W. I. muß aus seiner amtlichen und außeramtlichen Tätigkeit wissen, daß bei der unbedingten Bevölkung die Familie vielfach nur noch einen Erziehungsfaktor von sehr untergeordneter Bedeutung bilden kann. Wo nicht bloß der Vater, sondern oft auch noch die Mutter von früh bis spät außer dem Hause arbeiten muß, — wie sollen da die Kinder viel von einem Familienleben zu sehen bekommen, oder die Eltern eine nachhaltige erzieherische Einwirkung auf ihre Kinder ausüben! Der bürgerlichen Klasse ist das nicht unbekannt, und sie täuscht sich auch nicht darüber, daß diese nothgedrungene Vernachlässigung der Jugend zur Verwahrlosung führen muß. Deshalb gründet sie — weniger aus Mitleid als in ihrem eigenen Interesse und zu ihrer eigenen Sicherheit — Vereine und Anstalten aller Art, die die Pflege und Erziehung der vernachlässigten, von Verwahrlosung bedrohten Jugend übernehmen sollen. So wandert denn — namentlich in den Großstädten — manches Proletariatskind, als hätte es überhaupt keine Eltern mehr, aus dem Säuglingsasyl durch die Krippen und Kleinkinder-Verwahrstalten in die Volksschulkindergärten und Kinderhorte, und wenn die Eltern, der wechselnden Arbeitsgelegenheit folgend, alle Jahre ein- oder zweimal umziehen, wie es ja in Berlin der Fall ist, dann kann ein solches Kind noch vor Ablauf des schulpflichtigen Alters leicht ein Viertelhundert Anstalten kennen gelernt haben, die ihm „die Familie und die Eltern ersetzen“ sollten. Auch Herrn J. W. I. müssen diese Zustände,

wie gesagt, bekannt sein; denn er ist wie seine freisinnigen Freunde rühmend hervorzuheben, Gründer und Leiter des Vereins „Kinderhort“, — dessen Existenz ja an sich schon beweist, wie es im Gegenwartsstaat bei der unbedingten Bevölkung mit der Erziehung durch die Familie steht. Am Montag hat nun dieser Herr J. W. I. in einer Versammlung erklärt, die Sozialdemokraten verfolgten nur materielle Interessen und seien nur von Sucht nach Geld erfüllt. Gewiß, Herr J. W. I. der Arbeiterklasse strebt zunächst nach Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage, aber nur, weil sie darin die Voraussetzung alles geistigen und sittlichen Fortschritts erblickt, — und die Sozialdemokratie will ihr die Bahn dazu frei machen. Ist es denn nicht schon mit Rücksicht auf das Familienleben und die Kindererziehung die verdammte Pflicht und Schuldigkeit jedes Mannes, eine wirtschaftliche Verbesserung zu erstreben? Wissen Sie nicht, Herr Schulinspektor, daß in Ihren Berliner Gemeindefamilien tausende von Kindern sitzen, die in einer nicht bloß gesundheitsschädlichen, sondern oft auch die Sittlichkeit gefährdenden Erwerbsarbeit tätig sein müssen, weil die Eltern zu schlecht bezahlt werden, — tausende, die hungrig zur Schule gehen müssen, weil oft nicht ein Stück Brot im Hause ist? Sehen Sie nicht die Folgen dieser entsetzlichen Zustände in den bleichen, müden Gesichtern der bejammernswürdigen Kinder, in der stumpfen Theilnahmslosigkeit, mit der sie ihre Schulstunden abfügen? Die Antwort auf seine Angriffe wird Herr J. W. I. von den Wählern des fünften Kreises am Stichwahltag erhalten. Sie werden ihm zeigen, was sie von einem Mann halten, der es angesichts dieses ihm wohlbelannten Elends wage, der um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage eintenden Arbeiterklasse bloße „Sucht nach Geld“ vorzuwerfen.

Zwischen den Wahlen. Die Hauptwahl und ihre Ergebnisse haben die Erregung und Begeisterung aufs Höchste gesteigert. Wie ging es lebhafter und hitziger her in den Versammlungen als jetzt, kurz vor den Stichwahlen. Auch auf den Anschlagtafeln prangen die trübten Zettel mit der Aufforderung, zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen. Und wenn der ganze Wahlkampf bisher so manchen Mangel nicht aufwies — jetzt rückt er doch seine Fingerringe hin und her. Da ist es denn doch recht verwunderlich, daß die Versammlungen unserer Gegner, trotzdem der zur Stichwahl kommende Freisinn seine Truppen um die Zahl der Konserwativen vermehrt hat, nur zur Hälfte oder höchstens zu zwei Dritteln von ihnen besucht sind. Die in der Mitte stehenden Freisinnsmänner mit ihren konservativen Anhängen werden von den wegen spätem Wechselstichwahl zu spät kommenden Arbeitern eingeschlossen. Die Rede des Kandidaten wird selten durch einige kleine Zwischenrufe unterbrochen; aber in der Diskussion, wenn die nicht parlamentarisch gehaltenen Redner zum Wort kommen, spielt die Masse mehr mit, da ist sie nicht mehr bloß Statisterei. Und die Herren Freisinnigen, die sich wohl freuen, wenn unsere Genossen zur Ruhe gemahnt werden und der geringste Ruf vom Vorsitzenden im Referentenamt — Ton gerügt wird, schreien und brüllen bei den Redebildern, die ihnen unsere Genossen verlegen, wie ostentative Juxer, aber nicht wie die Blätter der freisinnigen Intelligenz. Erst wenn es gar zu arg wird, fordert der Vorsitzende zur Ruhe auf, bemerkt aber ganz unpolematisch die Gelegenheit, den Redner herabzusetzen. Und wie jubeln die Herren, wenn ein in der Rede nicht gewandter Arbeiter auftritt! So weit geht ihre „freisinnige“ Politik nicht, daß sie sich sagen, die dem Arbeiter zugewiesene jammervolle Schule und Erziehung ist schuld an seiner mangelhaften Ausdrucksweise. Aber wie still werden sie, wie sinken sie förmlich zusammen, wenn ein in der Rede gescheiter Mann ihnen allen die Wahrheit zeigt und über ihre Politik den begehenden Schein der Lächerlichkeit ausbreitet! Und wenn sich dann ihre Sprecher vergeblich bemühen, mit gehässigen, verlesenerischen Behauptungen diese Klarheit hinwegzuschaffen, das Wahrheitsbild zu trüben, bricht ihre ganze Wuth, Hürst und Goh heraus und macht sich in wüsten Beschimpfungen der Arbeiter Luft. Beim Verlassen des Saales nennen sie die Arbeiter Sausüßde und Lausjungens! Das sagen Leute, die den Ansporn auf Bildung und Ausstand machen zu Männern in den dreißiger Jahren! Wahrscheinlich, da müßte sich jeder Arbeiter schämen, wollte er sich diesen Anstand, diese Wohlgezogenheit zum Maßer nehmen. Es wäre wirklich kein Wunder, wenn den Herren, die an König Stumm ein Beispiel genommen haben, einmal energisch der Standpunkt klar gemacht würde. Aber unter unseren Genossen sind immer noch so viel besonnene Leute, die die Freigeleichen der Gegner in vernünftiger Weise an sich abprallen lassen. Den Herren sollte doch die Schamröthe ins Gesicht steigen, wenn sie an Anstand und Einsicht von Arbeitern übertrüben werden. Sie aber glauben, ihre Fäbrikordnung, ihr Treiben in den Werkstätten und Magazinen ins politische Leben einführen zu können. Nirgends laßt der Freisinn mehr Verachtung auf sich, als in seinen Versammlungen.

Wird da neulich einem alten Manne von wohlgenährten Zeitbürgern zugerufen, wenn ihm die Kinder so viel Sorgen machten, solle er sich doch keine anschaffen. Eine größere Gefühlsregung hat noch kein Konserwativer empfunden — und das will was heißen. Es wurde ihnen zugerufen, daß die Arbeiter allerdings sich nicht erst jahrzehntelang mit Wirtstresen herumdrücken oder gar in der Ehe noch so ein kleines Verhältniß nebenbei haben. „Na, warum seid Ihr denn so dumm und macht's nicht so?“ fragte ein Freisinnsmann ganz naiv.

Solche Ergebnisse verdienen den Arbeiterfrauen ebenso wie den Männern mitgeteilt zu werden, damit sie erfahren, wie die Lobredner des Familienlebens über die Ehe denken. Sie lassen nichts unberührt, womit sie Goh und Verachtung säen können. Aber was sie säen, werden sie auch ernten! Nur mögen sie bald bedenken, daß die Ernte die Aesnaat übersteigt. Solche Ergebnisse sollten aber auch den Leuten, die bisher nicht zur Wahlurne geschritten ist, am Freitag mit einem sozialdemokratischen Stimmgeld zur Wahlurne treiben!

Nicht gelernt und nicht vergessen haben unsere konservativen Gegner. Vor zwanzig Jahren war es in der bürgerlichen Presse häufiger Brauch, noch einem von der Sozialdemokratie verfolgten Wahlkreise die Verlegenheitsphrase aufzuziehen, daß auf Kommando der sozialdemokratischen Oberen die ledigen Arbeiter von auswärtig in schweren Massen herangezogen seien, um sich eigens zur Wahl gerade für den in Betracht kommenden Kreis in die Reichstags-Wahlkreise einzutragen zu lassen. Allmählich fing die gegnerische Presse an, sich solchen Wadstücken zu schämen, und so hat denn seit den achtziger Jahren schon dieses in das Reich des unfreiwilligen Humors gehörende Nöck seinen Raum mehr in den Zeitungen gefunden.

Nun kommt wirklich und wahrhaftig das konservativ Pastorenblatt, der „Reichsbote“, und bringt in seiner Nummer vom Mittwoch Abend die folgende Kenigleit an dem Wahlkreise Teltow-Beeskow:

„Wie uns von eingeweihter Seite mitgeteilt worden ist, soll die sozialdemokratische Parteileitung ein eigenartiges Mittel gebraucht haben, um sich im Teltower Kreise ihr dort ziemlich bedrohtes Mandat zu sichern. Zum 1. Mai sind aus einmal tausende von Berliner Arbeitern in diesem Kreise zur vollständigen Annahme aufgetaucht (im ganzen etwa 6000), von denen die berechnete Vermuthung vorliegt, sie seien lediglich aus Berlin dorthin geschoben, um für den Wahlgang ihre sozialistischen Stimmen in die Wagtsale zu werfen und um nach demselben daraus ebenso spurlos zu verschwinden. Nicht wenige von ihnen sollen sogar ihre ursprüngliche Berliner Wohnung beibehalten haben. Wie steht es mit diesem interessanten Manöver?“

Wenn wir uns nicht zur rechten Zeit darauf besäßen, daß der glänzende Wahlerfolg, den die Sozialdemokratie am 16. Juni errungen, manchem Gegner das letzte Reitsden Verstand und Ueberlegung geraubt hat, so möchten wir beinahe glauben, irgend ein sozialdemokratischer Spahvogel hätte sich mit der Redaktion des „Reichsbotes“ einen Scherz gemacht und ihr erzählt, die sozialdemokratischen Arbeiter seien lauter Postprediger, die sich neben ihrem nur

vom Portier beauftragten Berliner Palais noch extra eine Sommervilla leihen — eigens der Reichstagswahlen wegen.

Vorläufig hängen wir zum Ergötzen unserer Leser diesen unwillkürlichen Scherz des „Reichsbotes“ tiefer und theilen gleichzeitig mit, daß dieses fromme Blatt ferner noch dem „Vorwärts“ unterwirft, er habe mit seiner geistigen Betrachtung über „Das Feuer im Dienste der Reaktion“ die Eisenbahnverwaltung verdächtigen wollen, daß sie am 16. Juni die Humboldtbrücke zu dem Zwecke abgefeuert habe, um die Arbeiter von der Ausübung ihres Wahlrechts abzuhalten. Solches ist uns natürlich gar nicht eingefallen. Wohl aber war die Verwunderung über die von der Bahnverwaltung angeordnete Maßregel eine allgemeine. So brachte die „Vossische Zeitung“, die doch gewiß nicht sozialdemokratischen Sympathien verdächtig ist, vor einigen Tagen einen Artikel, der ebenfalls in scharfen Worten darlegte, daß die Verkehrsunterbrechung aus Anlaß des Bahnbrandes eine kaum zu rechtfertigende Maßregel gewesen sei, die sehr wohl hätte unterbleiben können. Aber was soll man sich noch vor einem Blatte rechtfertigen, das nach jeder Richtung hin und vor allem zur Verdächtigung der Gegner nach der alten theologischen Maxime handelt:

Im Auslegen seid frisch und munter;
Legt ihr's nicht aus, so legt was unter!

Die Lokalkommission der Maurer schreibt uns: Am 14. d. M. brachte der „Vorwärts“ die Mittheilung, daß vom Bau der Unions-Gesellschaft in der Friedrichstraße ein Maurer tödlich abgestürzt sei. Zur Vermeidung dieses Unfalls wurden von der Bauleitung acht Maurer bestimmt, damit die Familie zu allem nicht auch noch die Kosten für die Leichenträger aufzubringen habe. Den Trägern wurde hierbei gesagt, daß die Bauleitung ihnen für die verläumtete Arbeitszeit eine Entschädigung zahlen werde; als aber Böhmungstag war, erklärte der Polier einfach: es giebt nicht. Nun haben die Maurer auf dem betreffenden Bau ihrem im Dienste des Kapitals verunglückten Kollegen zwar insgesamt die letzte Ehre erwiesen, aber dies kann doch für die Bauleitung keinen Grund bilden, ein einmal gegebenes Versprechen nicht einzulösen.

Auf dem Bau ist übrigens am 20. d. M. ein neues Unglück passiert. Eine umstürzende Leinwand zerstückte einen Arbeiter beide Hüfte, ein Fuß mußte dem Unglücklichen noch am selben Tage abgenommen werden.

Vielleicht tragen auch diese Beilen dazu bei, daß die Bauhandwerker und Bauarbeiter sich darauf besäßen, daß nur eine kräftige Organisation und eine zahlreiche Arbeitervertretung im Parlament die Macht haben, den bestehenden Klassen Gesetze abzurufen, welche Leben und Gesundheit der Arbeiter mehr als bisher schützen. Deshalb ergeht an die Bauarbeiter und insbesondere an die Veresgenossen, welche außerhalb Berlins ihr Wahlrecht ausüben haben, das dringende Ersuchen, Mann für Mann am Tage der Stichwahl ihre Stimme zu gunsten der sozialdemokratischen Arbeiterkandidaten abzugeben. Niemand darf sein Wahlrecht verläumen.

Vom Vorstand der Rettungsgesellschaft wird uns mitgeteilt:

Der Vorsitzende der Berliner Rettungsgesellschaft, Herr Geheimrath Professor v. Vergmann, wird für die circa 800 Mitglieder der Berliner Rettungsgesellschaft am 6., 13., 20. und 27. Juli von 5 1/2—6 1/2 Uhr in den Räumen des Langenbeck-Hauses einen Kursus abhalten, damit in Zukunft die provisorischen Rettungsbesuche von sämtlichen Ärzten in übereinstimmender Weise angelegt werden. Es ist von Werth, daß sich auch das Publikum über die Bedeutung des ersten Verbandes respektive Rothverbandes vollkommen klar wird, denn schon ein zum gefüllten Worte gewordener Ausbruch des verstorbenen genialen Chirurgen Bollmann lautete: „Der erste Verband entscheidet das Schicksal des Verletzten.“ Bei der Wichtigkeit dieses Themas dürfte es für unsere Leser von großem Interesse sein, einige Worte hierzu von kompetenter ärztlicher Seite zu hören. — Der erste Verband soll stets nur ein provisorischer Rothverband und kein definitiver fester Verband sein; letzteres nur dann, wenn derjenige, der ihn anlegt, auch die weitere Behandlung leitet. Ein kurzes Beispiel wird dies am besten illustriren: Ein Anabe stürzt mit einem Glasgefäß in der Hand und zerschneidet sich hierbei mehrere Sehnen. Der hinzugerufene Arzt legt einen festen definitiven Verband an und leitet den Patienten in ein Krankenhaus. Da der Anabe darüber, was der erste Arzt mit ihm gemacht hat, keine Auskunft geben kann, letzterer aber selbst nicht zur Stelle ist, so geräth der Arzt im Krankenhaus nun in die Verlegenheit, nicht entscheiden zu können, ob er den vorhandenen festen Verband liegen lassen oder abnehmen soll. Denn nimmt er ihn ab, so kann er die vielleicht schon vorgenommenen Nähte der Sehnen wieder zerreissen — ganz abgesehen von den eventuellen überflüssigen Schmerzen, die er dem Patienten bereitet —, sind aber die Sehnen noch nicht genäht, so muß dies eben sogleich geschehen. Deshalb, wenn ein Krankenhaus, wie dies bei schweren Verletzungen, was stets der Fall ist, die weitere Behandlung übernehmen soll: keine definitiven festen, sondern nur einen provisorischen Rothverband! — Die dem Arztverein der Berliner Rettungsgesellschaft angehörenden Ärzte erhalten gegen Legitimation als Mitglieder dieses Vereins unentgeltlich Eintrittskarten zu dem oben erwähnten Kursus des Herrn Prof. v. Vergmann bei Herrn Anders, Langenbeck-Haus, Ziegelstraße. Bei dieser Gelegenheit sei gleichzeitig auf neue darauf hingewiesen, daß die Zentrale der Berliner Rettungsgesellschaft, Oberwasserstr. 10, Telefon Amt I Nr. 60, jederzeit zu erreichen ist und bei Unglücksfällen sofortige Hilfe sowie schnellsten Transport der Verletzten gewährleistet.

Die freie Vereinigung der Berliner Pianofabrikanten, welche durch ihre rathhaltigen Geldstatten gegen Anstände bei der Arbeiterschaft in idelsten Auf gerathen ist, will eine Hochschule für Instrumentenbau errichten und die Behörden um Unterstützung angehen.

Aus dem Humboldt-Hain. Durch den Assistenten des Prof. Koch ist der Warmhausgärtner des Humboldt-Hains eine Kollektion von Samen afrikanischer Gewächse, darunter die des schönen sogenannten Elefantenthorzes, zur Ansicht übergeben worden, die Prof. Koch während seines Aufenthalts in Afrika neben seinen Vorkursstudien gesammelt hat. Die Ansicht ist mit aller Sorgfalt erfolgt.

Für die Passagiere der Ruspensung-Linien. Das Polizeipräsidium theilt mit, daß die von den Schaffnern in den Wagen des Berliner Expreß-Vereins Aktien-Gesellschaft vorgefundenen, daselbst zurückgelassenen Sachen in dem Bureau der genannten Gesellschaft, Wäckerplatz 1, abzugeben sind. Nachfragen sind dort oder im Bureau des Kommissariats für öffentliches Verkehrswesen, Polizeipräsidialgebäude, Eingang V, Zimmer 75, zu halten.

Ein gewerbmäßiger Verbrecher ist ohne Zweifel der Mann gewesen, der sich Montag Abend auf der Wache des ersten Polizeireviere erschossen hat. Außer dem Revolver und dem Dolche fand man auch Diebeswerkzeuge bei ihm. Eine Frage, wie Taschendiebe sie zum Abheben der Uhrketten gebrauchen, trug er an einer Kette statt der Uhr in der Westentasche. Baars Geld hatte er nicht einen Pfennig mehr. In den Taschen fand man mehrere Liebesbriefe und Gedichte, die sehr sauber geschrieben waren. Ein Notizbuch enthält einige Zeitangaben, dahinter das Wörtchen „bei“ und jedesmal einen mit dem Bleistift stark durchstrichenen und unleserlich gemachten Namen. Hinter jedem Namen steht in Klammern: „Schweinefleisch“. Das bedeutet in der Kriminalpsychologie eine besondere Art des Lustmordes durch krankhaft veranlagte Männer, wie der vor einigen Jahren in der Nähe des Stettiner Bahnhofes durch einen Geisteskranken verübte, und der dann dabei in der Wohnung seines Opfers, einer Dirne, auf freier That betroffen und festgenommen wurde. In der Berliner Verbrechersprache mag das Wort wohl auch noch eine andere Bedeutung haben. Die Werthpapiere, die der Mann zu Geld machen wollte, sind erst vor kurzem gestohlen worden. Eine kranke Frau übergab sie, als sie eine Anfall anfallen mußte, ihrem Schwager. Dieser, ein Maler, proßte damit in einer Gohwirtschaft, indem er von bedeutenden

Werthen sprach, die er zu Hause liegen habe. Das war am 5. d. M. und schon am 7. wurden ihm die Papiere gestohlen; am 9. d. M. erschienen sie in dem Verzeichniß der gestohlenen Sachen. Der Selbstmörder hatte ohne Zweifel sehr viel auf dem Kerbholz.

Arbeiterkrise. Auf dem Neubau in der Straße 62 in Schöneberg wurde gestern Vormittag der Arbeiter Rudolf Köhler bei den Ausschachtungsarbeiten durch nachstürzendes Erdreich verschüttet und anscheinend innerlich schwer verletzt. Er wurde von der Feuerwehrgesellschaft seiner gefährlichen Lage befreit.

Der Tod im Wasser suchte in der Nacht zum Mittwoch eine feingelebte Dame, indem sie sich gegen 2 Uhr am Kupfergraben in der Nähe der Oberbrücke losriss in die Spree stürzte. Ein Arzt rettete die Lebensmüde und übergab sie einem Schuttmann, der sie in ein Krankenhaus brachte. Sie befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung. Ueber ihre Persönlichkeit und den Beweggrund zu dem Selbstmordversuche verweigert die Anbekannte jede Auskunft.

Durch einen Sabelhieb schwer verletzt wurde in der letzten Nacht der Arbeiter Paul Schweizer aus Friedenau. Schweizer war, anscheinend etwas angetrunken, im 63. Polizeirevier auf der Straße sitzend eingekerkert. Als ein Schuttmann ihn aufforderte, weiter zu gehen, sprang er dieser auf die Knie und suchte ihn zu würgen. Der Beamte machte seinen Gegner durch einen Sabelhieb über den Kopf kampfunfähig. Der Schwerverletzte wurde dann in ein Krankenhaus gebracht.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am letzten Sonntag im Restaurant Ewest in Ziegel gesehen haben, wie ein Kellner einem Gast mit dem Wirtel auf den Kopf schlägt, werden gebeten, sich bei Max Wohlgenannt, Linienstr. 11/12 zu melden.

Im Schiller-Theater wird heute Hans Olden's Lustspiel „Dielema“ zum letzten Male wiederholt. Molière's „Der Geizige“ wird morgen zum ersten Male gegeben. Die Hauptrollen sind wie folgt besetzt: Harpagon, Leopold Thurner; Cleante, Ewald Bach; Elise, Paula Lebermann; Valere, Willy Probois; Mariane, Grete Meyer; Anselme, Carl Schreiner; Protine, Agnes Werner; Simon, Ludwig Reuert; Jacques, Alfred Schamsoff; Frau Claude, Margarete Wiedede; La Fleche, Adolph Joseph.

Feuerbericht. Dienstag Abend kurz nach 9 Uhr mußten in einem Ladenlokal des Hauses Münchenerstr. 19 durch Unvorsichtigkeit in Brand gerathene Malatiranchen abgelöscht werden. Am Mittwoch 7 Uhr erfolgte ein Ausbruch der Wehr nach Kottbusdamm 85 (gehört zu Niddorf). Hier brannten unter einem Holzschuppen lagernde Bretter, Lumpen und Strohvorräthe. Der Brand ließ sich infolge zeitiger Wahrnehmung ohne Schwierigkeit löschen.

Aus den Nachbarorten.

Brig. Heute, Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr findet eine Volksversammlung für Männer und Frauen in Bethge's Salon, Chausseest. 39, statt. Referent: Genosse Millarg. Es ist die Pflicht eines jeden Wählers, zu erscheinen.

In Baumschulweg findet heute Abend 8 Uhr im Restaurant S. Speer eine Volksversammlung statt, in der Genosse Dr. Friedberg über die bevorstehende Stichwahl referirt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Ihren Verletzungen erliegen ist die unglückliche Frau Herber, die, wie wir vor einigen Tagen berichteten, in ihrer Wohnung, König-Chaussee 14 zu Weichensee von Spiritusflammen furchtbar zugerichtet worden war.

Nachfahrer und Gendarm. Unter dieser Stichmarke berichtet das „Voll“: Vor einiger Zeit machten 20 Berliner Herren einen Ausflug nach dem Grunewald. Ihnen schloß sich der Fahrradfabrikant Quosdorf auf der Pflanzstraße auf seinem Rade an. Auf einem Waldwege vom Spandauer Rod nach dem Kaisergraben wurde Herr Quosdorf von einem Kndler, der sich als Gendarm auswies, angehalten und ausgegründet. Auf die Bemerkung eines Teilnehmers an der Partie, eines Wädelmeisters, daß der Gendarm in Zivil ja selbst auf dem angeblich verbotenen Wege radele, entgegnete der Beamte: „Sie haben gar nichts zu sagen, und wenn ich Ihnen auf der Hinterrampe herumfahre.“ Der Fahrradfabrikant hat jetzt für seinen Frevel einen Strafbefehl über 5 M. erhalten, der Wädelmeister aber verlagst den Gendarmen wegen Verleumdung.

Gerihts-Beitung.

Ein Nachspiel zum „Fall Köppen“ beschäftigte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I. Unter der Anklage der verleumdlichen Verleumdung hatte sich die Schneiderin Witwe Hedwig Gubela zu verantworten. Da es sich um Verleumdung von Schuttmann handelt, war der Strafanspruch vom Polizeipräsidenten von Windheim gestellt worden. Am 9. Januar fand im Kongreßhause eine große Frauen-Versammlung statt, die sich mit dem „Fall Köppen“ und mit anderen zu damaliger Zeit die Gemüther bewegenden Mißgriffen der Polizei beschäftigte. Zu den Rednerinnen, die mehr oder minder heftige Beschwerden gegen die Polizei vorbrachten, gehörte auch die Angeklagte, die einen von ihr erlebten Vorfall zur Sprache brachte und damit laute Wutrufe entließ. Sie erzählte, daß sie eines Abends einen schwer betrunkenen Mann auf der Straße habe liegen sehen, den ein Schuttmann von der Straße zu entfernen sich bemühte. Der Schuttmann habe, als der Mann nicht aufstünde, auf die Waise gekommen, ihm plötzlich einen Stoß gegeben, so daß er lang zur Erde gestürzt sei. Sie habe dieses Verfahren von der anderen Seite der Straße mit angesehen und sei so empört darüber gewesen, daß sie nicht umhin gekommen, ihrem Unwillen Luft zu machen und dem Schuttmann ihre Ansicht dahin auszudrücken, daß sich eine solche Behandlung eines hilflosen Menschen doch nicht rechtfertigen lasse. Die Folge davon sei gewesen, daß der Schuttmann sie mit einem Fußtritt auf den Kopf geschlagen habe. Dort sei sie liegen geblieben, bis sie von einem anderen Schuttmann auf den Kopf geschlagen worden sei. Er sei auf der Polizeiwache ausgenüchert worden und hat sich noch bei den Schuttmännern bedankt. (1) Die auf der Polizeiwache an jenem Abend anwesend gewesenem Beamten erklärten, daß sie von einer Ohrfeige nichts gesehen haben, ihr Standpunkt in der Waise sei aber auch so gewesen, daß sie davon nichts hätten sehen können. Der Schuttmann Barow aber zögerte vor, sein Zeugnis über diesen Punkt zu verweigern. Im übrigen behaupteten die Schuttmänner, daß die Angeklagte nicht drei Stunden, sondern nur 25 Minuten auf der Polizeiwache zurückgehalten worden sei. — Der Staatsanwalt erwiderte den Beweis für erbracht, daß die Angeklagte in jeder Beziehung unwahre Thatsachen behauptet habe, die geeignet seien, die Schuttmänner in der öffentlichen Achtung herabzusetzen. Er beantragte deshalb wegen Verleumdung (§ 187 Strafgesetzbuch) drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt durch die Beweisaufnahme für ganz zweifellos festgestellt, daß die Angeklagte bezüglich des Vorfalles auf der Straße unwahre Behauptungen aufgestellt habe, er nahm jedoch nicht an, daß dies

wider besseres Wissen geschehen sei, so daß nur Verleumdung im Sinne des § 186 vorliege. Das den Vorfall auf der Waise betraf, so nahm der Gerichtshof auf Grund der Zeugnisverweigerung des Schuttmanns Barow an, daß der Angeklagten der Beweis geglättet ist, daß der Schuttmann bei dem Vorbeigehen des Betrunkenen diesem einen leichten Schlag in das Gesicht gegeben. Dieser Thatsache stehe die Behauptung der Angeklagten, daß sie nicht gesehen haben, nicht entgegen. Das Urtheil lautete hiernach auf 50 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis.

Ein bummer Junge. Unter der Anklage, den Senatspräsidenten Dr. Coing zum Hockkampf mit tödlichen Waffen herausgefordert zu haben, stand gestern der frühere Rechtsanwält Hans v. Flemming vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, welcher sich schuldig bekannte, gab folgende Schilderung von den Vorgängen, welche seiner Forderung zu Grunde lagen: Im Februar d. J. habe er nebst drei anderen Kandidaten sich dem mündlichen Examen unterworfen, nachdem er bereits einmal durchgefallen war. Am 25. Februar wurde das Ergebnis der mündlichen Prüfung durch den Vorsitzenden der Kommission, den Senatspräsidenten Dr. Coing verkündet, welcher mit ihm, dem Angeklagten, begann und erklärte, daß er wiederum die Prüfung nicht bestanden habe. Da dieser Schlag ihn völlig unerwartet traf, so sei er in große Erregung gerathen und er müsse einräumen, daß er sich in dieser Stimmung zu einem unpassenden Benehmen habe hinreißen lassen. Wenn ihm in der Anklageschrift vorgeworfen werde, daß er unter höhnischem Lächeln seine Waise genommen, den Saal verlassen habe, bevor das Ergebnis in betreff der drei anderen Kandidaten verkündet war und dann die Thür mit lautem Krach hinter sich zugeschlagen habe, so müsse er betonen, daß sein Lächeln wohl eher ein verlegenes als ein höhnisches gewesen und daß die Thür ohne seine Absicht so hart ins Schloß gefallen sei. Daß es unpassend war, den Saal zu verlassen, bevor das ganze Ergebnis der Prüfung verkündet war, müsse er anerkennen. Am folgenden Tage habe er sich zum Senatspräsidenten v. Coing begeben und nachdem er Zutritt erhalten, den Präsidenten gebeten, ein Besuch an den Justizminister zu befehlen, worin er um nachmalige Zulassung zum Referendar-Examen bitten wolle. Herr v. Coing habe erwidert, daß er nicht glaube, daß die Kommission sein Besuch, schon mit Rücksicht auf sein unpassendes Benehmen am Tage zuvor, befehlen werde. Der Angeklagte habe erwidert, daß er der Kommission seine Mißachtung habe bezeigen wollen, im übrigen müsse er bestreiten, daß er sich unanständig benommen habe. Der Senatspräsident habe erwidert: „Ob Sie es bestreiten oder nicht, ist einerlei, ein anständiger Mensch benimmt sich nicht so.“ Damit sei der Angeklagte entlassen worden. Die letzte Forderung des Senatspräsidenten habe er als eine persönliche Verleumdung empfunden. Er habe sich deshalb am folgenden Tage an seinen Verwalter, den Regierungsrath von der Marwitz gewandt mit der Bitte, den Senatspräsidenten v. Coing zu der Erklärung zu bewegen, daß die Verleumdung Forderung zurückzunehmen. Regierungsrath v. d. Marwitz habe ihm den Wunsch erfüllt, sei aber mit dem Bescheide zurückgekehrt, daß der Senatspräsident einfach erklärt habe: „Ich habe nichts zurückzunehmen.“ Darauf habe der Angeklagte den Senatspräsidenten am folgenden Tage durch seinen Verwalter, den Lieutenant v. Flemming zu einer Prigeelei herausgefordert lassen. Herr v. Coing habe den „Kartellträger“ nach den Bedingungen des „Duells“ gefragt und die Antwort erhalten, daß sie noch besonderer Erwägung vorbehalten bleiben sollten. Darauf habe Herr v. Coing erwidert, daß er das Duell ablehnen und der Staatsanwaltschaft Anzeige erstatten werde, was auch geschehen sei. — Diese Schilderung des Angeklagten bestet sich im wesentlichen mit den Aussagen der vernommenen Zeugen. Staatsanwalt Dr. Herbig hielt es nicht für angänglich, wenn durchgefallene Rechtskandidaten den Senatspräsidenten fordern, weil dieser in seiner amtlichen Eigenschaft eine berechtigte Kritik über ein unpassendes Benehmen des Kandidaten äußere. Es könne dieser Fall nicht gelinde beurtheilt werden, er beantrage gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Der Angeklagte hat den Gerichtshof, doch zu verabsichtigen, daß er in seinem Gefühl verletzt worden sei und einen anderen Weg, Genugthuung zu erhalten, nicht kenne. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Herbig, betonte in der Urtheilsverkündung, daß der Angeklagte durch sein Benehmen im Sitzungssaal der Prüfungskommission ein so feines Gefühl nicht gerührt habe. Die Kritik des Senatspräsidenten sei vollaus berechtigt gewesen. Der Angeklagte sei zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Der Prozeß gegen den 20jährigen Hölzer Karl Krüpf a u s, welcher der Tödtung des Vorbieters Piephal zu Marienwerder beschuldigt ist, gelangte gestern nach dreitägiger Verhandlung zu Ende. Wie bereits mitgetheilt, stand das Schicksal des Angeklagten, gegen den nur Verdachtsmomente vorliegen, auf des Messers Schneide. Der Staatsanwalt suchte in längeren Ausführungen darzuthun, daß die durch die Beweisaufnahme festgestellten Thatsachen genügt, um den Angeklagten der That für überführt zu erachten. Krüpf a u s sei seinem Vorleben und Charakter nach nur zu sehr geeignet, eine Gewaltthat zu begehen. Schon als Kind habe er seinem älteren Bruder gegenüber zum Mörder gegriffen und viele von ihm begangene Missetheaten seien im Laufe der Verhandlung zur Sprache gekommen. Einem alten Dorfbewohner habe der Angeklagte einmal einen Stein ins Gesicht geschleudert, weil dieser ihn verächtlicher Weise durch eine Ohrfeige geächtigt hatte; das ganze Dorf habe Furcht vor ihm gehabt, denn jeder wußte, daß Krüpf a u s mit dem ersten besten Gegenstand rücksichtslos zuschlagen pflege, den er in die Hand bekomme. Selbst die Eltern des Angeklagten hätten ihm ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Für die Schuld des Angeklagten spreche besonders der Umstand, daß er durch Krüpf a u s aus dem Gefängnis verurtheilt wurde, die verächtlichen Schüsse, welche er am Abend des Ueberfalls getrogen, zu befechtigen. Seitens eines Geschworenen wurde auf die auffälligen Umstände hingewiesen, daß man neben dem Ueberfallenen keinen Gegenstand gefunden habe, mit denen die Verletzungen ausgeführt sein könnten und daß man ebensowenig Blutspuren an den Kleidern des Angeklagten entdeckt habe. Diese Umstände ließen sich leicht erklären. Habe der Angeklagte den Vorbieter Piephal von hinten mit einem Stein gegen den Kopf geschlagen, so habe er bequem Gelegenheit gehabt, sich des Steines zu entledigen, indem er ihn in den nahe gelegenen Binow-Kanal warf. Der Staatsanwalt bat am Schluß seines Plaidoyers die Geschworenen, die Schuldfrage unter Verneinung von mildernden Umständen zu bejahen.

Die Ausführungen der Verteidiger, Rechtsanwälte Dr. Flatau und Grinfeld, gipfelten darin, daß es „Schein-Judizien“ seien, die von dem Staatsanwalt gegen den Angeklagten geltend gemacht wurden, sie hielten den Beweis von der Schuld des Angeklagten keineswegs für erbracht. Die Geschworenen erkannten auf Schuldig unter Ausschluß von mildernden Umständen, worauf der Staatsanwalt gegen den Angeklagten zehn Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht beantragte. Der Gerichtshof erkannte auf fünf Jahre Gefängnis.

Wahlversammlungen.

Für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am Dienstag im großen Saale des Handwerkervereins, Sophienstraße, eine von nahezu 200 Personen besuchte Wählerversammlung, in der Rechtsanwalt W. Heine referirte. Neben, der in seinem 1 1/2stündigen Referat das unendlich lange Ständeregister der freisinnigen Partei Rebus passiren ließ, wobei er die parlamentarische Thätigkeit derselben einer herben, aber sehr treffenden Kritik unterzog und das Verhalten dieser „Vollfreunde“ auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, das völlig in Widerspruch mit den von ihr gemachten Versprechungen steht, genügend kennzeichnete, nahm in seinen Ausführungen auch auf das letzte freisinnige Flugblatt Bezug, um diese Freisinnshelden zu charakterisiren. Die lebhaften Beifallsgeläutungen, durch die Vorträge oftmals unterbrochen wurde und die stürmische Begrüßung, die unsern Kandidaten für den fünften Wahlkreis, Genossen Robert Schmidt, zu Theil wurde,

als er zu einer längeren Ansprache an die Versammlung das Wort ergrieff, bewiesen zur Genüge, daß das freisinnige Hauptziel, in welchem alles was an Lügen, Verdrehungen und Entstellungen über die Ziele der Sozialdemokratie bisher dagewesene in den Schatten gestellt wird, von den Versammelten richtig gewürdigt worden ist. In der hierauf folgenden Diskussion wendete sich auch der deutsche Volksparteiler Levin gegen den freisinnigen Kandidaten, einestheils, weil derselbe als Beamter abhängig von den Behörden sei und sich deshalb zum Volksvertreter nicht eigne, andererseits aber, weil die freisinnige Volkspartei, die dem Fortschritt nicht gefolgt ist, überhaupt keine Garantie biete, daß die Volksworte von ihr gewahrt werden. Er forderte mit dem Hinweis, daß von der Sozialdemokratie die sozialen und demokratischen Forderungen energig vertreten werden, seine Gefinnungsgenossen auf, bei der Stichwahl für Robert Schmidt, als den geeignetsten Kandidaten der Demokratie zu stimmen. Nach einem Appell des Genossen Drescher an die Versammelten, recht rege für die Wahl unseres Kandidaten thätig zu sein und die Säunigen, die bei der Hauptwahl ihre Pflicht nicht erfüllt haben, auszureichen, erreichte die imposante Versammlung ihr Ende. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie und den Genossen Robert Schmidt gingen die Versammlungsbesucher auseinander, nachdem sie deutlich zu erkennen gegeben haben, daß sie die richtige Antwort auf die niedrige Kampfweise der freisinnigen Mannesleuten, die dem fanatischen oßbüßigen Junkerthum zur Hölle gerufen würde, am 24. Juni durch das Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten unzweifelhaft erstatten werden.

In Schöneberg fand am Dienstag eine stark besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Freudenberg referirte. Neben wendete sich in seinen Ausführungen gegen die Verschlechterung des Wahlrechts, Koalitionsrecht und der Freizügigkeit, sowie gegen die Betreibesölle. Geradezu erbärmliche Niederträchtigkeit enthalten die konservativen Flugblätter gegen unsere Partei, auf welche die Wähler am 24. Juni die Antwort zu geben haben, indem sie für Jubel stimmen. (Stürmischer Beifall.) Mehrere Genossen wendeten sich unter dem Beifall der Versammlung ebenfalls gegen die Verleumdungen in den Flugblättern und kennzeichneten treffend die von den konservativen Parteien immer gebrachte „christliche Verleumdung“. Frau Häbner erwiderte die Frauen, sich am 24. Juni, morgens 9 Uhr, bei Ohl, Grunewaldstr. 110, zur Hilfe bei der Wahl recht zahlreich einzufinden, während Keiling in gleicher Weise alle Genossen auffordert, am Tage der Wahl beifällig zu sein. Nach einem kräftigen Schlußwort der Genossen Dr. Freudenberg und Schubert wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In Niddorf hielten unsere Parteigenossen am Dienstag zwei recht gut besuchte Wählerversammlungen ab. „Auf zur Stichwahl!“ Das war das Thema, über welches in der Vereinsbräueri Genosse Millarg und bei Gröpler Genosse Litfin unter großem Beifall sprachen. Millarg stellte an Thatsachen fest, daß die Kampfwweise der Gegner bei der verlorenen Hauptwahl gewesen sei: Mit Brutalität und Lüge. Er wie auch Litfin kennzeichneten die Verleumdungen der Konservativen und ihrer Anhänger, indem sie ihre Thaten ins rechte Licht rückten. Beide Versammlungen hatten kurze Diskussionen, in denen besonders zur Erinnerung der Rassen und Frauen aufgerufen wurde, damit die Sozialdemokratie des Kreises Teltow-Breslow-Charlottenburg den Genossen Jubel aus eigener Kraft in der Stichwahl zum Siege verheße. Jedes Wühlen um die Stimmen der Freisinnigen wurde von den Rednern verurteilt. Die Herren müßten selber wissen, was sie ihrer Schuldig seien. In der Vereinsbräueri fragte der Centrumsmann Nibel an, ob die Sozialdemokratie für ein Jesuitengesetz zu haben sein werde, worauf er selbstverständlich die Antwort erhielt, daß die Sozialdemokratie jedes Ausnahmengesetz verwerfe. Mit Hochs auf die Partei trennte man sich.

Spandau. Zu den besten Hoffnungen berechtigte die Volksversammlung, welche am Dienstag in der Pichelsdorfer Bräueri stattfand. Trotz der verhältnismäßig mangelhaften Belanunung derselben waren etwa 1500 Personen erschienen. Genosse Auer referirte über die bevorstehende Stichwahl; hierbei freilte er auch die erachtenden Leistungen des bisherigen Vertreters des Kreises, R. Schall, im Reichstage und führte den Anwesenden besonders die Ziele der konservativen Partei und ihre ganze Volksfeindschaft vor Augen. Der konservative Gegenkandidat sei zwar politisch ein unbeschriebenes Blatt, werde er aber gewählt, so werde er dann auch als „Stimme“ für die volksfeindlichen Tendenzen seiner Parteigenossen benutzt werden und sich selbstverständlich willig darin fügen. Weiter kennzeichnete er die jetzt beliebte Abenteuerpolitik und die damit verbundene ungeheure Steigerung der Ausgaben, die wieder jumeist auf die Schulden des werthlosen Volkes fallen, während die besitzende Klasse den Erfolg hiervon einheimse bezw. erwarte. Was man von dem Gegenkandidat erwarten könne, wenn er gewählt werden sollte, gehe schon allein daraus hervor, daß er es direkt abgelehnt habe, sich über seine Stellung zu der Verbechtung des gegenwärtigen Reichstags-Wahlrechts zu erklären. Deshalb, so schloß Redner unter tosendem Beifall, und aus tausend anderen Gründen dachten die Arbeitermassen nicht einem Volksfeinde ihre Stimme geben, sondern müßten am Tage der Stichwahl geschlossen für den sozialdemokratischen Kandidaten, Opfermeister Schröder in Spandau, eintreten. Nach einstimmiger Annahme einer entsprechenden Resolution erfolgte Schluß der Versammlung.

Versammlungen.

Die Maurer lokaler Richtung hielten am Dienstag eine öffentliche Versammlung in der „Tonhalle“ ab. Herrfurth referirte über den in der Osterwoche abgehaltenen Kongreß der Vertrauensmänner-Zentralisationen. Er führte unter anderem aus: Die hiesigen Vertrauensführer begründen ihren Bruch mit den Lokalfisten, indem sie sagen, letztere hätten auf dem Kongreß beschloßen, die Verbände zu bekämpfen. Diese Auffassung sei eine irrige. Der betreffende Beschluß sage nicht, daß die zentrale Organisationsform bekämpft werden solle, sondern er mache den Lokalfisten nur zur Pflicht, die Art, in welcher die Verbände die Agitation gegen die Lokalfisten betreiben, als eine unpassende entschließen zu bekämpfen. Derselben Meinung gab Reyle Ausdruck. An der weiteren Diskussion, die sich fast nur um die vom Kongreß abgelehnte Arbeitslosenunterstützung drehte, betheiligten sich Scheel, Witte, Petersdorf und Thiem. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden und überwies der Geschäftskommission der Vertrauensmänner-Zentralisationen 200 Mark aus dem Streikfond. Hierauf berichtete Reyle über die Lohnbewegung, soweit sie seit der Trennung beider Organisationen von den Lokalfisten geleistet worden ist. Es sei gelungen, auf acht Bauten ohne Arbeitslosigkeit den Stundenlohn von 55 auf 60 Pf. zu bringen. Infolge von Lohnstreiksigkeiten haben auf zehn Bauten Arbeitsniederlegungen stattgefunden, an denen 62 Kollegen betheiligt waren. Von diesen Bauten sind fünf mit und fünf ohne Erfolg verlaufen. Auf fünf Bauten fanden Wahrgelungen statt. Wedert, welcher bisher Vertrauensmann der lokalen Richtung war, erstattete Bericht über seine Amtsführung. Seine Funktionen sind, seit eine Lohnkommission der lokalen Richtung besteht, auf diese übergegangen. Er hatte eine Einnahme von 1072,76 M., eine Ausgabe von 1033,20 M. Es bleibt ein Bestand von 39,56 M., den die Versammlung dem Streikfond überwies. Dem Vertrauensmann wurde Entlassung erteilt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt. Am Freitag fällt diesmal wegen der Stichwahl die Zeitschunde aus.

Ein treuer Anhänger in P. Wir haben Ihren Brief dem Reichstags-Kandidaten des Kreises zugeandt.

Weiter-Prognose für Donnerstag, 23. Juni 1898.

Rühler, zeitweise anhaltend, vorwiegend trübe und regnerisch bei gleichmäßig frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

[5] Berthold, G. J., *Colloids*, 24.

Eine öffentliche Versammlung der Gastwirthsgehilfen tagte am Dienstag im Englischen Garten, in der der Beisitzer H. W e g n e r über die Thätigkeit des Gewerbegerichts Bericht erstattete. Nach einer kurzen Disposition wurden Johann M. K e r s t e n, J. K o l l m a n n, J. K r a u s h a a r und G. W e i n a c h t als Kandidaten zu Gewerbegerichts-Beisitzern nominirt. Im Anschluß hieran erläuterte Z e i s e in längeren Ausführungen die Bedeutung der bevorstehenden Stichwahlen und forderte, nachdem er noch bekannt gegeben hatte, daß für die Angestellten im Gastwirthsgewerbe noch ein besonderes Flugblatt zur Verbreitung gelangt, die Versammelten auf eine regere Thätigkeit einzulassen und sich am Tage der Wahl ebenso wieder zu betheiligen, damit in der Stichwahl die Kandidaten der Sozialdemokratie als Sieger über die vereinte Reaktion hervorgehen. Mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie erfolgte hierauf der Schluß der Versammlung.

